

„Trojanisches Pferd“ für Stalin? Die Deportationen nationaler Minderheiten in den 1930er Jahren

von Victor Dönninghaus

0. Einleitung

Das 20. Jahrhundert ging in die politische Geschichte der Menschheit nicht nur als eine Zeit der Weltkriege, Revolutionen, des Zusammenbruchs traditioneller Imperien, der Entstehung totalitärer und autoritärer Regime und der Konfrontation zweier Supermächte ein, sondern auch als ein Jahrhundert der „Nomaden“,¹ als eine Periode gewaltiger Migrationsbewegungen.

Neben freiwilligen Migrationen auf der Suche nach einem „besseren Leben“, deren Hauptrichtung von den Dörfern in die Städte und von der alten Welt in die neue Welt ging, waren für diese Epoche vor allem Zwangsdeportationen charakteristisch, die größtenteils ethnischen Charakter hatten. Schätzungen zufolge gab es allein in Europa etwa 80 Millionen Menschen, die aufgrund ethnopolitischer Überlegungen und der Feindseligkeit gegenüber nationalen Minderheiten Opfer gewaltsamer Migrationen wurden.²

Zweimal erreichten die ethnischen Deportationen in Europa einen Höhepunkt. Jedes Mal lag die Ursache im Weltkrieg und dem Bestreben der Sieger, die Karte des Kontinents „optimal“ nach ihren Vorstellungen zuzuschneiden. Ethnische Zwangsumsiedlungen begannen nach dem Ersten Weltkrieg in Form eines wechselseitigen Bevölkerungsaustausches unter der Ägide des Völkerbundes, der die Vertreibung von Griechen und Armeniern aus der Türkei und von Muslimen aus Griechenland³ gesetzlich festschrieb. Diese erreichten ihre „klassische“ Form erst im Laufe der „Neuordnung“ Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Das Modell der Bildung „homogener“, „moderner“ ethnischer Landschaften⁴ wurde in großem Ausmaß im 20. Jahrhundert auch auf dem Territorium der UdSSR erprobt. Umfangreiche ethnische Deportationen während des Zweiten Weltkrieges riefen ebenso wie die „nationalen“ Operationen des NKVD (vgl. Abkürzungsverzeichnis am Ende des Beitrages) 1937/38 ernsthafte Interpretationsschwierigkeiten unter jenen Historikern hervor, die Terry Martin folgend die Sowjetunion als weltweit erstes „Affirmative Action Empire“ betrachteten, das konsequent die Entwicklung seiner nationalen Minderheiten und Kultur verfolgte,⁵ und unter jenen, die Mark Mazower folgend den „ersten Arbeiter- und Bauern-Staat der

1 Siehe ausführlicher Karl Schlögel: Planet der Nomaden, Berlin 2006.

2 Vgl. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen u.a. (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien u.a. 2010.

3 Siehe ausführlicher: Michael Schwartz: Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne: Globale Wechselwirkungen nationalistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013.

4 Jörg Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003, S. 198.

5 Terry Martin: The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939, Ithaca 2001.

Welt“ als Erben der Politik nationaler und kultureller Autonomie im Habsburgerreich ansahen.⁶

Die Unfähigkeit, ethnische Säuberungen und Deportationen als Instrumente des Sowjetregimes zur „Normalisierung“ der „Einwurzelungspolitik“ [Korenizacija] der 1920er Jahre zu erklären, führte zur Entstehung der „Theorie der Ethnisierung“ des Stalinismus. Ihre Anhänger behaupten, dass in den 1930er und besonders in den 1940er Jahren die größten Opfer des stalinistischen Regimes bereits nicht mehr die Vertreter fremder „ausbeuterischer“ Klassen und sozialer Gruppen waren, sondern Vertreter nationaler Minderheiten und „feindlicher“ ethnischer Gruppen.⁷ Ihrerseits war diese „Feindseligkeit“ ethnischer Gruppen eine direkte Folge der primordialen Konzepte⁸ der stalinistischen Führung, wonach es nicht nur Klassen, sondern auch Nationen mit unveränderlichen revolutionären oder konterrevolutionären Merkmalen gab.⁹

Mit dem außenpolitischen Kurswechsel des Jahres 1925, als die Sowjetführung angesichts schwindender Hoffnung auf eine schnelle Vollendung der Weltrevolution ihre aktiven Bemühungen zur Destabilisierung der Nachbarstaaten zurückstellte, rückte sofort die Sicherung des Grenzstreifens in den Mittelpunkt des Interesses.¹⁰ Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Begriff des „westlichen Grenzstreifens“ von der Kremlführung sehr weitreichend verstanden wurde und sich dieser Streifen auf große Teile des Gebiets Leningrad und der Weißrussischen SSR (die Bezirke Polock, Minsk, Bobrujsk, Mozyr') sowie acht Verwaltungseinheiten der Ukrainischen SSR (die Bezirke Korosten', Wolhynien, Šepetovka, Proskurov, Tul'ëin, Mogilev-Podol'sk, Kameneč-Podol'sk sowie die ASSR Moldawien) erstreckte.¹¹

6 Siehe ausführlicher Mark Mazower: *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000.

7 Vgl. Baberowski, *Der rote Terror* (wie Anm. 4), S. 195 f.; Timothy Snyder: *Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin*, New York 2010, S. 102-121.

8 Die Anhänger der „Theorie der Ethnisierung“ des Stalinismus, welche die primordialen Konzepte beinhaltet, folgen Terry Martin. Damit stimmen auf den ersten Blick zwei konkurrierende Sichtweisen überein.

9 Das Format des Beitrags erlaubt nicht, ausführlicher auf die Rolle der „Theorie der Ethnisierung“ innerhalb der stalinistischen Strafpolitik einzugehen. Das tun in bedeutendem Maße folgende Autoren: Christoph Mick: *Die Ethnisierung des Stalinismus. Zur Wirksamkeit ethnischer Kategorien bei der Sowjetisierung der Westukraine 1944–1948*, in: Jörg Baberowski (Hrsg.): *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 145-147; Jürgen Zarusky: Timothy Snyder's „Bloodlands“. Kritische Anmerkungen zur Konstruktion einer Geschichtslandschaft, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (2012), H. 1, S. 1-31. Eine kritische Analyse der „Theorie der Ethnisierung“ des Stalinismus in Bezug auf die „nationalen Operationen“ des NKVD 1937/38 leistete der russische Historiker Andrej Savin. Vgl. Andrej I. Savin: *Étnizacija stalinizma? „Nacional'nye“ i „kulackaja“ operacii NKVD: sravnitel'nyj aspekt* [Stalinistische Ethnisierung? „Nationale“ und „Kulaken“-Operationen des NKVD: Ein Vergleich], in: *Rossija. XXI vek* (2012), Nr. 3, S. 40-61.

10 Siehe ausführlicher: Victor Dönninghaus: *Minderheiten in Bedrängnis. Die sowjetische Politik gegenüber Deutschen, Polen und anderen Diaspora-Nationalitäten 1917–1938*, München 2009, S. 34-63.

11 Allein in der Ukraine lebten 6% der Bevölkerung (4,8 Mio.) im Grenzstreifen. Vgl. Oleg N. Ken, Aleksandr I. Rupasov: *Politburo CK VKP(b) i otnošenija SSSR s zapadnymi sosednimi gosudarstvami (konec 1920–1930-ch gg.)*. Problemy. Dokumenty. Opyt kommentarija [Das Politbüro des ZK VKP(B) und die Beziehung der UdSSR zu den benachbarten westlichen Staaten (Ende 1920er –

Im vorliegenden Beitrag soll ausgehend von der Beschreibung und Analyse der Deportationen der „nationalen Minderheiten des Westens“,¹² womit Deutsche, Polen, Finnen, Letten, Litauer und Esten gemeint sind, aus den westlichen Grenzregionen der UdSSR in den 1930er Jahren herausgearbeitet werden, in welchem Maße ethnische Motive charakteristisch bzw. eine Neuerung für die innere Strafpolitik des stalinistischen Regimes waren. Die Fragestellung ist insofern gerechtfertigt, als sich diese lokalen Deportationen vollkommen zu Recht als erstes deutliches Merkmal des Kurswechsels in Richtung „Ethnisierung des Stalinismus“ interpretieren lassen. Es wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu formulieren, ob die ethnischen Säuberungen und Deportationen untrennbarer Bestandteil der sowjetischen Nationalitätenpolitik vor Beginn des Zweiten Weltkriegs waren.

1. Die Grenze als „Schaufenster“ des neuen sowjetischen Lebens

Die Sowjetführung erhob Anfang der 1920er Jahre zum Postulat, „ethnische Verbindungen“ zu nutzen, um die Sowjetideologie auf die Nachbarstaaten auszudehnen. So war die Gründung der Autonomen Republiken Karelien (1923) und Moldawien (1924) sowie der Wolgarepublik (1923) in erheblichem Maße durch die erhoffte Außenwirkung in Finnland, Rumänien und Deutschland motiviert, ebenso wie die großzügige Grenzziehung bei der Gründung der Weißrussischen SSR und die großangelegte Ukrainisierungspolitik in der Ukrainischen SSR, die nicht zuletzt auf die in Polen lebenden Weißrussen und Ukrainer abzielen sollte.¹³ Auch die zahlreichen in den 1920er und frühen 1930er Jahren eingeleiteten „Sondermaßnahmen“ des Zentrums zur ökonomischen Förderung des Grenzstreifens waren größtenteils durch das politische Interesse diktiert, den jenseits der Grenzen lebenden Werktätigen die Errungenschaften des Sowjetsystems deutlich vor Augen zu führen.¹⁴ In diesem Zusammenhang ist vor allem die Gründung nationaler „Vorzeigerayons“ in grenznahen Gebieten zu nennen – so etwa der polnischen Rayons Marchlewski (1925–1935) und Dzeržinskij (1932–1937) und des deutschen Rayons Pulin (1929–1935).¹⁵

Dabei entsprach es ganz der dieser Politik zugrundeliegenden Logik, auch die Möglichkeit einer umgekehrten Einflussnahme der westlichen Nachbarstaaten auf die entsprechenden nationalen Minderheiten einzukalkulieren, die eine der Hauptursachen für die grundsätzlich

1930er Jahre). Probleme. Dokumente. Versuch einer Kommentierung], Teil 1, St. Petersburg 2000, S. 486; Terry Martin: The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, in: The Journal of Modern History 70 (1998), S. 830.

12 Ein in der sowjetischen Terminologie feststehender Begriff.

13 Martin, Origins (wie Anm. 11), S. 829-832. Vgl. dazu Jurij Kilin: Karelija v politike sovetского gosudarstva (1920–1941) [Karelien in der Politik des sowjetischen Staates (1920–1941)], Petrozavodsk 1999, S. 77-103.

14 Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 493.

15 Nacional'ni menšyny v Ukrajinі 1920–1930-ti roky. Atlas [Die nationalen Minderheiten in der Ukraine (1920–1930). Atlas], Kyjiv 1996, S. 52 f.; Marek Sobczyński: Polska autonomia narodowościowa w ZSRR [Polnische nationale Autonomie in der UdSSR], in: Hieronima Kubiaka, Tadeusza Palecznego (Hrsg.): Mniejszości polskie i polonia w ZSRR [Polnische Minderheit und Polen in der Sowjetunion], Wrocław u.a. 1992, S. 56-58; Meir Buchweiler: Rußlanddeutsche im Sowjetsystem bis zum Zweiten Weltkrieg. Minderheitenpolitik, nationale Identität, Publizistik, Essen 1995, S. 45.

negative Haltung der Sowjetmacht gegenüber ausländischen Organisationen und Ausländern allgemein darstellte. Die Ereignisse der späten 1920er bzw. frühen 1930er Jahre, versuchte Massenemigration der Russlanddeutschen¹⁶ sowie die Machtübernahme autoritärer Regime in Deutschland, Japan und zahlreichen Staaten Mittel- und Ostmitteleuropas ließen die Sowjetführung schließlich endgültig zu der Überzeugung gelangen, dass einzelne nationale Minderheiten eine potentielle Bedrohung für die Sicherheit des Landes darstellten. Dies bestimmte maßgeblich deren weiteres Schicksal.

Als eine der wesentlichen Ursachen der Repressionen gegen die nationalen Minderheiten des Westens nennt Terry Martin die „sowjetische Xenophobie“: die übersteigerte Angst vor einer „Ansteckung von außen“.¹⁷ Besonders deutlich trat dieses Phänomen Anfang der 1930er Jahre zutage, als die Kremlführung ihre Anstrengungen intensivierte, jeglichen Moskau nicht genehmen grenzüberschreitenden Kontakt zwischen ethnischen Bevölkerungsgruppen zu unterbinden, die für die Rolle eines „Trojanischen Pferdes“ in Frage kamen. Dabei variierte der Grad der Bedeutung, die einer bestimmten nationalen Gruppe bei der Bekämpfung ausländischer Einflussnahme beigemessen wurde, je nachdem, welche Rolle der entsprechende westliche Staat in möglichen Kriegsszenarien spielte.¹⁸ Die Analyse der Protokolle des Politbüros zeigt, nach welchen Grundsätzen die Kremlspitze die Situation im Hinterland der Westgrenze, die von geografischen, historischen, ethnischen und ökonomischen Faktoren bestimmt war, korrigieren wollte.

Entscheidende Faktoren für das konkrete Verhältnis des Zentrums zu einer bestimmten im westlichen Grenzgebiet lebenden nationalen Minderheit waren deren Bevölkerungsanteil bzw. Bevölkerungsdichte in bestimmten Regionen, der Grad ihrer Loyalität bzw. „Sowjetisierung“ sowie die landschaftlichen Gegebenheiten in der betreffenden Region. Die Achillesferse der UdSSR bildete die Grenze zu Polen, die zugleich auch mit Abstand die längste Grenze im Westen darstellte. Nach Einschätzung der Mitglieder des Politbüros ging insbesondere von Polen die größte Gefahr für den Frieden aus.¹⁹ Zugleich galt die polnische Bevölkerung, die im grenznahen Gebiet einen Bevölkerungsanteil von 15-20% stellte²⁰ und im Fall eines neuen Krieges von entscheidender Bedeutung sein konnte, als wenig loyal.²¹ Wenn man zudem berücksichtigt, dass die Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen infolge der neuen Grenzziehung jeweils quer durch die ukrainischen und weißrussischen

16 Dönninghaus, Minderheiten in Bedrängnis (wie Anm. 10), S. 407-435.

17 Terri Martin: Terror protiv nacij v Sovetskom Sojuze [Terror gegen die Nationen in der Sowjetunion], in: Kommunizm, terror, človek [Kommunismus, Terror, Mensch], zusammengest. v. Stefan Krojberger u.a., Kiev 2001, S. 37. Vgl. dazu Hans Lemberg: Das Konzept der ethnischen Säuberungen im 20. Jahrhundert, in: Dittmar Dahlmann, Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, Essen 1999, S. 485-491.

18 Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 485, 492 f.

19 Vgl. Grand M. Adibekov (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa. Rešenija „osoboj papki“. 1923–1939 [Das Politbüro des ZK RKP(B) – VKP(B) und Europa. Die Beschlüsse der „Sondermappe“. 1923–1939], Moskva 2001, S. 15 f.

20 Sitzungsprotokoll des Organisationsbüros des ZK der RKP(B), 27.8.1923. Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für Sozial- und politische Geschichte, RGASPI], Best. 17, Verz. 112, A. 475, Bl. 241.

21 Vgl. Sitzungsprotokoll des Organisationsbüros des ZK der RKP(B), 27.8.1923. RGASPI, Best. 17, Verz. 112, A. 475, Bl. 241.

Siedlungsgebiete verlief, wird deutlich, dass jegliche national motivierten Unruhen ebenso wie Anzeichen für Separatismus in den betreffenden Grenzregionen im Kreml höchste Besorgnis erregen mussten.²²

In den ersten Jahren ihres Bestehens passte sich die Sowjetmacht nur sehr langsam an die nachrevolutionären Realitäten an und lebte in ständiger Erwartung eines neuen revolutionären Krieges an ihren Westgrenzen, der nach allgemeiner Einschätzung „drei bis vier Jahre nach Ende des Krieges gegen Polen und der Zerschlagung der Armee Wrangels“ ausbrechen sollte.²³ Erst nach dem Scheitern des „Deutschen Oktober“ 1923 und des Putsches in Tallinn im Dezember 1924²⁴ war auch für den Kreml die Unmöglichkeit einer „planmäßigen“ Sowjetisierung der angrenzenden westlichen Staaten offensichtlich.²⁵

Im April 1925 wurde die „westliche Front“, auf deren Gebiet es in der ersten Hälfte der 1920er Jahre immer wieder zu Zusammenstößen mit Polen und ukrainischen Unabhängigkeitskämpfern gekommen war, in einen gewöhnlichen Militärbezirk umgewandelt. Bereits im Februar 1925 hatte das Politbüro angesichts der mittlerweile erfolgten Herstellung mehr oder weniger normaler diplomatischer Beziehungen zu den westlichen Nachbarstaaten angeordnet, die von sowjetischen Staatsorganen gelenkte „aktive Spionage“ in Polen, genauer Destabilisierungs- und Sabotagetätigkeit, sowie die „Kampf- und Aufstandsarbeit“ in den Nachbarstaaten einzustellen.²⁶ Zugleich gründete das Politbüro allerdings bereits einen Monat später eine Sonderkommission aus Vertretern der Volkskommissariate für Äußere Angelegenheiten und Verteidigung sowie der OGPU, die alle „vorhandenen Informationen über Vorbereitungsaktivitäten in den Nachbarstaaten detailliert bearbeiten und systematisieren“ sollte²⁷ und daraufhin zu dem Schluss kam, dass an der Westgrenze der UdSSR ein „anti-sowjetischer Einheitsblock [...] aus den baltischen Staaten, Polen und Rumänien“ entstanden sei, von dem eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der UdSSR ausgehe.²⁸

Diese These, die sich das Politbüro zu eigen machte, sollte in den folgenden Jahrzehnten ins Zentrum aller Verteidigungsanstrengungen der UdSSR rücken,²⁹ was nicht ohne Folgen für das Verhältnis der Kremelführung zu den Angehörigen der nationalen Minderheiten des Westens bleiben konnte, die noch wenige Jahre zuvor als „Träger der Weltrevolution“ gegol-

22 Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 82; Michail P. Kostjuk: *Bol'shevistskaja sistema vlasti v Belarusi* [Das bolschewistische System der Macht in Weißrussland], Moskva 2002, S. 192-196.

23 Kliment E. Vorosilov: *Budet li vojna?* [Ob der Krieg kommt?], Moskva 1930, S. 15.

24 Aus dem Protokoll Nr. 38 [des Politbüros], 4.10.1923, in: Adibekov (Hrsg.), *Politbjuro* (wie Anm. 19), S. 22 f.; Aus dem Protokoll Nr. 20 [des Politbüros], 28.8.1924, in: Ebenda, S. 51.

25 Vgl. Protokoll Nr. 36 [des Politbüros], 27.9.1923, in: Ebenda, S. 21 f.; Aus dem Protokoll Nr. 47 [des Politbüros], 5.2.1925, in: Ebenda, S. 63 f.

26 Diese Entscheidung stand allerdings unter dem Vorbehalt, bei einer Veränderung der politischen Lage erneut zu den alten Methoden zurückzukehren, insbesondere in Bessarabien. Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 50 [Sonderprotokoll Nr. 37] des Politbüros des ZK der RKP(B), 25.2.1925, in: Ivan I. Kostjuško (Hrsg): *Materialy „Osoboj papki“ Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) po voprosu sovjetsko-pol'skich otnosenij 1923–1944* [Die Materialien der „Sondermappe“ des Politbüro des ZK RKP(B) – VKP(B) im Bereich der sowjetisch-polnischen Beziehungen 1923–1944], Moskva 1997, S. 12-15. Vgl. auch Kostjuk, *Bol'shevistskaja sistema* (wie Anm. 22), S. 196-199.

27 Sitzungsprotokoll Nr. 54 [Sonderprotokoll Nr. 43] des Politbüros des ZK der RKP(B), 26.3.1925. RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 2, Bl. 92.

28 Sitzungsprotokoll Nr. 56 [Sonderprotokoll Nr. 43] des Politbüros des ZK der RKP(B), 9.4.1925. RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 2, Bl. 108 f.

29 Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 8 f.

ten hatten. Angesichts der geringen Sowjetisierungserfolge unter den nationalen Minderheiten, der steigenden Mitgliederzahlen nichtkommunistischer und religiöser Organisationen und des aktiven Widerstands gegen die Politik der Sowjetmacht drohten diese zu Trojanischen Pferden ausländischer Mächte zu werden³⁰ – das Zentrum schloss nicht aus, dass die nationalen Minderheiten des Westens im Fall eines Krieges mit dem Feind kollaborieren würden.³¹

Vor diesem Hintergrund tendierten die Entscheidungen des Politbüros in immer größerem Maße zur „Domestizierung“ der nationalen Minderheiten der „bourgeois imperialistischen Staaten“ in den Westgebieten.³² Hatte die Sowjetmacht in den 1920er Jahren noch versucht, die dortige Bevölkerung durch soziale Differenzierung der Bauernschaft, Einbeziehung der Bevölkerung in sowjetische und kulturelle Institutionen und den Aufbau von Führungspersonal zu „sowjetisieren“ und wenigstens zum Teil auf die eigene Seite zu ziehen,³³ ging der „Domestizierungsprozess“ in den 1930er Jahren mit prophylaktischen Massendeportationen „unzuverlässiger“ Diasporagruppen und einer gezielten Steigerung des slawischen Bevölkerungsanteils einher.³⁴ Derartige Formen des Grenzschutzes waren keineswegs neu und lassen sich bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen, als russischsprachige Kosaken in den am stärksten verwundbaren Grenzregionen des Russischen Reiches angesiedelt wurden, um dort „Wachdienst“ zu leisten.³⁵

Ende des 19. Jahrhunderts hatten die russischen Militärstatistiker A. Makšeev, N. Obručev und V. Zolotarev sogar eine eigene Doktrin ausgearbeitet, die die Bevölkerung in „zuverlässige“ und „unzuverlässige“ nationale Gruppen unterteilte und den Zuverlässigkeitsgrad einzelner Regionen aufgrund der nationalen Zusammensetzung ihrer Bevölkerung und geografischen Lage bestimmte. Gemäß dieser von Pavel Poljan sehr treffend als „Geografie

30 Siehe Jörg Baberowski: *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*, München 2003, S. 210; Martin, *The Affirmative Action Empire* (wie Anm. 5), S. 311-343.

31 Vgl. Überarbeitetes Stenogramm des Auftritts des Sekretärs des ZK des VLKSM Nikolaj Čaplin, 30.5.1927. RGASPI, Best. 1–M, Verz. 23, A. 713, Bl. 40.

32 Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 500. Ähnliche Prozesse vollzogen sich an den Ost- und Südgrenzen der Sowjetunion. So wurden z.B. 1937 alle Koreaner (171 781 Personen) aus dem Fernen Osten deportiert. 1937/38 wurden im Zuge einer Säuberung der Grenzstreifen in Mittelasien und Transkaukasien mehrere tausend Kurden und Armenier aus der betreffenden Region abtransportiert. Vgl. Pavel Poljan: *Ne po svoej vole. Istorija i geografija prinuditel'nych migracij v SSSR* [Gegen seinen eigenen Willen. Die Geschichte und Geografie der Zwangsmigrationen in der UdSSR], Moskva 2001, S. 90-93.

33 Vgl. z.B. Sitzungsprotokoll des Organisationsbüros des ZK der RKP(B), 27.8.1923. RGASPI, Best. 17, Verz. 112, A. 475, Bl. 2 f.; Vorschläge zum Referat der Kommission zur Überprüfung der polnischen Grenze, 27.8.1923. Ebenda, Bl. 91-93. Vgl. Peter Holquist: *Making War, Forging Revolution: Russia's Continuum of Crisis, 1914–1921*, Cambridge 2002, S. 284 f.

34 So stieg z.B. die Zahl der in der Karelischen ASSR lebenden Russen allein in der Zeit von 1933–1939 um 100 000 (50,5%). Vgl. Seppo Lallukka: *Štrichi k etničkoj karte Severo-Zapada Rossii (1926–1959 gg.)* [Skizzen zur ethnischen Karte im Nordwesten Russlands (1926–1959)], in: Timo Vichavajnen, Irina Takala (Hrsg.): *V sem'e edinoj. Nacional'naja politika partii bol'sevikov i ee osuščestvlenie na Severo-Zapade Rossii v 1920–1950-e gody* [In der einheitlichen Familie. Die nationale Politik der bolschewistischen Partei und ihre Verwirklichung im Nordwesten Russlands in den 1920–1950er Jahren], Petrozavodsk 1998, S. 51, 54.

35 Vgl. *Kazačestvo* [Das Kasakentum], in: *Otečestvennaja istorija. Istorija Rossii s drevnejšich vremen do 1917 goda. Ėnciklopedija* [Die einheimische Geschichte. Die Geschichte Russlands vom Altertum bis 1917. Enzyklopädie], Bd. 2, Moskva 1996, S. 452-454.

der Unzuverlässigkeit“ charakterisierten Doktrin wurden vor allem die Ostslawen als zuverlässig, Juden, Deutsche, Polen, die Völker des Kaukasus u.a. hingegen als unzuverlässig angesehen. Entsprechend galten nur solche Regionen als sicher, in denen der slawische Bevölkerungsanteil mindestens 50% betrug. Zugleich sollte der Grad der Zuverlässigkeit mit zunehmender Entfernung vom Zentrum abnehmen. Eine erste praktische Anwendung erfuhr diese Konzeption zur „Domestizierung“ der Grenzgebiete während des Ersten Weltkriegs, als unterschiedlichen Schätzungen zufolge bis zu eine Million Menschen aus den westlichen Gouvernements des Russischen Reiches deportiert wurden, bei denen es sich größtenteils um Deutsche, Polen, Juden und Angehörige anderer „unzuverlässiger“ Völker handelte.³⁶ Auch den Bolschewiki waren entsprechende Pläne zur „Domestizierung“ der Grenzregionen selbst in den ersten Jahren nach der Revolution keineswegs fremd. So beschloss z.B. das Komitee der Arbeiterwehr [„Komitet raboëej oborony“] bereits im Oktober 1919, als im Gouvernement Petrograd das Kriegsrecht ausgerufen wurde, die gesamte finnischsprachige Bevölkerung aus einer 10-Werst-Zone in Karelien auszusiedeln; lediglich der Einmarsch der Finnen unter Führung von Georg Elvengren [Él’vengren] verhinderte die Umsetzung dieses Vorhabens.³⁷

Im September 1925 beschäftigte sich das Politbüro der RKP(B) eingehend mit der Lage im Grenzgebiet und verabschiedete nach Anhörung eines Referats der Sonderkommission zur Überprüfung der Lage im Grenzstreifen einen umfangreichen Beschluss, der für die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre in den Grenzrayons verfolgte Politik wegweisende Bedeutung haben sollte. Ausgehend von der These, dass den Grenzrayons in militärstrategischer und politischer Hinsicht eine herausragende Bedeutung zukomme,³⁸ stellte das Politbüro einen umfassenden Maßnahmenkatalog zusammen, um die betreffenden Gebiete politisch und ökonomisch zu stabilisieren. So sollte die wirtschaftliche Entwicklung z.B. durch die Senkung der Landwirtschaftssteuer, die Ankurbelung der Melioration, den Wiederaufbau der wichtigsten Industriezweige und die Ausweitung der Finanzhilfen für Kooperativen

36 Poljan, Ne po svoej vole (wie Anm. 32), S. 27; Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 1993, S. 284. Siehe ausführlicher zu dieser Frage: Peter Gatrell: A Whole Empire Walking: Refugees in Russia during World War I, Bloomington 1999; Eric Lohr: Nationalizing the Russian Empire: The Campaign against Enemy Aliens during World War I, Cambridge u.a. 2003; Joshua A. Sanborn: Unsettling the Empire: Violent Migrations and Social Disaster in Russia during World War I, in: Journal of Modern History 77 (2005), S. 290-324; Kate Brown: A Biography of No Place: From Ethnic Borderland to Soviet Heartland, Cambridge 2005; Schwartz, Ethnische „Säuberungen“ (wie Anm. 3).

37 Im Frühjahr 1923 kursierten in Finnland Gerüchte, denen zufolge Moskau eine erneute Aussiedlung der Bevölkerung aus 40 grenznahen finnischsprachigen Dörfern plante, um die Sicherheit der sowjetisch-finnischen Grenze zu gewährleisten. Der Ingrische Bund wandte sich sogar mit der Bitte an die finnische Regierung, Maßnahmen zur Verhinderung dieser Aktion zu ergreifen. Allerdings erklärten die Sowjetbehörden bald selbst, dass die Gerüchte über die geplanten Aussiedlungen von Finnen und Ingermanen jeglicher Grundlage entbehrten. Vgl. Vadim I. Musaev: Političeskaja istorija Ingermanlandii v konce XIX–XX veke [Die politische Geschichte Ingermanlands vom Ende des XIX. bis in das XX. Jahrhundert], Kišinev u.a. 2001, S. 230 f.

38 Entwurf des Beschlusses des Politbüros des ZK der RKP(B) zum Referat der Kommission zur Überprüfung des Grenzstreifens, 17.9.1925. RGASPI, Best. 17, Verz. 113, A. 171, Bl. 127 [Anlage Nr. 2]. Vgl. auch Auszug aus dem Sitzungsprotokoll Nr. 79 des Politbüros des ZK der RKP(B), 17.9.1925. Ebenda, Bl. 126.

gezielt gefördert werden.³⁹ Auf politischem Gebiet setzte das Politbüro den Schwerpunkt vor allem darauf, die Zahl der Kommunisten zu steigern, gezielt Funktionsträger aus den Reihen der nationalen Minderheiten zu rekrutieren, die Bevölkerung aktiv in den sowjetischen Aufbau einzubeziehen, nationale Dorfsowjets und nationale Schulen zu gründen, die Grenzrayons mit nationalsprachlicher Literatur auszustatten und aktiv gegen Diskriminierungen von Seiten der örtlichen Funktionäre aus der jeweiligen Titularnation vorzugehen. Gleichzeitig beauftragte das Politbüro das Kolonisierungskomitee, „schnellstmöglich die Frage zu prüfen, ob der Bevölkerungsüberschuss aus dem Grenzstreifen umgesiedelt werden“ könne.⁴⁰

Die Wirkung der beschlossenen Maßnahmen wurde allerdings dadurch eingeschränkt, dass die betreffenden Regionen und Republiken vielfach nicht über die nötigen Mittel verfügten, um die genannten „wirtschaftlichen Aufgaben“ aus ihren Haushalten finanzieren zu können. Dies wiederum hatte zur Folge, dass auch die politische Arbeit vielfach ins Leere lief, da sich die Bevölkerung durch Worte allein kaum überzeugen ließ. Im Herbst 1928 stellte eine Kommission des Politbüros nach Prüfung von Berichten des ukrainischen und weißrussischen ZK, des Gebietspartei Komitees Leningrad und des ZK des Komsomol fest, dass der Beschluss des Politbüros vom 17. September 1925 „in vollkommen unbefriedigender Weise“ umgesetzt worden sei, soweit er die westlichen Grenzgebiete betraf, und schlug vor, die gesamte Verantwortung für die Sicherung des westlichen Grenzstreifens auf Unionsbehörden und Abteilungen des ZK der VKP(B) und des ZK des VLKSM zu übertragen.⁴¹ Allerdings sollte sich die Situation im westlichen Grenzgebiet allen Weisungen des Zentrums zum Trotz auch im Folgejahr nicht grundlegend ändern. So wurde noch Ende 1929 auf einer Tagung polnischer Partei- und Komsomolarbeiter im grenznahen Bezirk Proskurov erklärt: „Angesichts der politischen Rückständigkeit der polnischen Bevölkerung [...] haben wir keinerlei Garantie, dass die polnische Bevölkerung bereit sein wird, sich gegen das faschistische Polen zu stellen [...]“.⁴²

2. Kollektivierung und ethnische Säuberungen

Am 27. Dezember 1929 verkündete Stalin in seiner auf der Unionskonferenz marxistischer Agrarwissenschaftler gehaltenen Rede „Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“ offiziell den Beginn des „Großen Umschwungs im Dorf“,⁴³ der nicht nur das Leben der über 130

39 Vgl. Entwurf des Beschlusses des Politbüros des ZK der RKP(B) zum Referat der Kommission zur Überprüfung des Grenzstreifens, 17.9.1925. RGASPI, Best. 17, Verz. 113, A. 171, Bl. 129 [Anlage Nr. 2].

40 Ebenda, Bl. 127 f.

41 Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 486 f.

42 Materialien der Tagung polnischer Komsomolzen und Kommunisten des Bezirks Proskurov, 25.11.1929. RGASPI, Best. 63, Verz. 1, A. 387, Bl. 1. Vgl. *Stalinskie deportacii 1928–1953* [Die Stalinschen Deportationen 1928–1953], zusammengest. v. Nikolaj L. Pabol' u. Pavel M. Poljan, Moskva 2005, S. 35 f., 39 f.

43 Iosif V. Stalin: *K voprosam agrarnoj politiki v SSSR. Reč' na konferencii agrarnikov-marksistov*, 27.12.1929 [Zur Frage der Agrarpolitik in der UdSSR. Rede auf der Konferenz der Agrarier und Marxisten am 27.12.1929], in: *Sobranie sočinenij* [Gesammelte Werke], Bd. 12, Moskva 1951, S. 141 f.

Millionen in der UdSSR lebenden Bauern, sondern auch den Charakter des Staates an sich innerhalb von nur zwei Monaten von Grund auf verändern sollte. Im Kern lief der neue Kurs auf zwei parallele Prozesse hinaus: die Kollektivierung der Landwirtschaft und die „Liquidierung der Kulaken“.⁴⁴ Diese beiden Fragen wiederum waren eng miteinander verknüpft: Zum einen wurde das den Kulaken genommene Land als „materielle Basis“ für die neu zu gründenden Kolchosen gebraucht. Zum anderen führte das Schicksal der in den Norden deportierten „entkulakisierten“ Bauern deutlich vor Augen, wie die Sowjetmacht gegen all jene vorzugehen bereit war, die nicht der Kolchose beitreten wollten, und trug damit wesentlich dazu bei, den Widerstandswillen der Bauern zu brechen. Hervorzuheben ist ferner, dass gerade in den Rayons der durchgängigen Kollektivierung eine besonders strenge antireligiöse Politik verfolgt wurde, die mit einer Hexenjagd auf Geistliche und der administrativen Schließung von Kirchen und Bethäusern einherging.⁴⁵

Zweifellos brauchte Stalin für die von ihm eingeleitete „Revolution von oben“ unbedingt Ruhe an den Grenzen. Von daher war es folgerichtig, dass sich das Politbüro unter dem Eindruck von Bauernunruhen in den an Polen angrenzenden Gebieten der Ukrainischen und Weißrussischen SSR Anfang 1930 erneut intensiv mit der Lage im westlichen Grenzgebiet befasste.⁴⁶ Zugleich setzten die Machthaber zur Sicherung der Grenzregion in immer größerem Maße auf den Einsatz von Repressionen, die sich wiederum besonders gegen die in der Region lebenden Minderheiten richteten.⁴⁷

Als sich die Nationalitätenkommission des Zentralexekutivkomitees der Weißrussischen SSR im April 1930 mit der Frage der kulturellen und wirtschaftlichen Betreuung der nationalen Minderheiten des Westens befasste, wurde auf der betreffenden Sitzung offen die Befürchtung geäußert, dass die „faschistischen Nachbarstaaten“ Polen und Lettland „ihre“

44 Siehe ausführlicher zu dieser Frage Stephan Merl: Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928–1930), Wiesbaden 1985; ders.: Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941, Berlin 1990; Robert W. Davies: The Socialist Offensive. The Collectivisation of Soviet Agriculture, 1929–1930, London 1980; Lynne Viola: Peasant Rebels under Stalin. Collectivisation and the Culture of Peasant Resistance, Oxford 1996; Ivnickij, N.A.: Kollektivizacija i raskulačivanie (načalo 30-ch godov) [Kollektivierung und Entkulakisierung (Beginn der 30er Jahre)], Moskva 1996; Politburo i krest'janstvo: vysylka, specposelenie (1930–1940) [Das Politbüro und das Bauerntum: Zwangsumsiedlung, Sondersiedlungen], Red. v. N.N. Pokrovskij, Buch 1, Moskva 2005, S. 9–28.

45 Vgl. O.A. Licenberger: Evangeličesko-ljuteranskaja cerkov' [Die evangelisch-lutherische Kirche], Moskva 1999, S. 243–246; dies.: Rimsko-katoličeskaja cerkov' v Rossii [Die römisch-katholische Kirche in Russland], Saratov 2001, S. 270 f., 277–285.

46 Zu berücksichtigen ist, dass aufgrund der vom Politbüro im Juli 1929 bestätigten verteidigungspolitischen Doktrin alle westlichen Nachbarstaaten der UdSSR dem Lager „wahrscheinlicher Kriegsgegner“ zugerechnet wurden. Vgl. Ken, Rupasov, Politburo (wie Anm. 11), S. 82. Insgesamt verzeichnete die OGPU 1930 in der UdSSR 13 754 massenhafte Bauernunruhen, an denen sich insgesamt etwa 2,5 Millionen Menschen beteiligten. Vgl. Viktor P. Danilov (Hrsg.): Tragedija sovetskoj derevni. Kollektivizacija i raskulačivanie. Dokumenty i materialy. Bd. 2: Nojabr' 1929 – dekabr' 1930 [Die Tragödie des sowjetischen Dorfes. Die Kollektivierung und Entkulakisierung. Dokumente und Materialien. Bd. 2: November 1929 – Dezember 1930], Moskva 2000, S. 787–789.

47 Das Polnische Büro bei der Agitprop- und Presseabteilung, das zuvor bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen Parteieliten vor Ort und dem Zentrum eine Art Puffer dargestellt hatte, war zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelöst.

Minderheiten dazu benutzen könnten, Vorposten für eine geplante militärische Expansion auf das Gebiet der UdSSR zu schaffen. Gründe, die ein solches Misstrauen gegenüber den Angehörigen der nationalen Minderheiten des Westens rechtfertigten, gab es nach Ansicht der Mitglieder der Nationalitätenkommission mehr als genug: Wohnorte in Grenznähe, „Dominanz der Kulaken“, großer Einfluss der „legalen Agentur des Faschismus“, d.h. der katholischen Geistlichkeit, sowie „nationale Einheit, Chauvinismus, zugespitzte nationale Beziehungen, Antisemitismus und religiöser Fanatismus“.⁴⁸

Der unbeirrbar Glaube, komplizierte Probleme durch einfache Lösungen aus der Welt schaffen zu können, trat in den hartnäckigen Bemühungen des Zentrums, Angehörige „unzuverlässiger“ Nationalitäten aus den Grenzgebieten zu deportieren, wo ihre Anwesenheit von der Moskauer Führung als potentielle Bedrohung für die staatliche Sicherheit angesehen wurde, deutlich zutage.⁴⁹ Dabei wurden in der Praxis vor allem solche Personen deportiert bzw. umgesiedelt, die als verdächtig galten, gegen die das Regime aber individuell in Form von Verhaftungen und Verurteilungen nicht vorgehen konnte oder wollte. Mit anderen Worten: Die Deportationen waren von Moskau als prophylaktische Maßnahmen zur Isolation solcher ethnischer Gruppen gedacht, die zu gegebener Zeit am gegebenen Ort zur Gefahr werden konnten.⁵⁰ Zugleich bedeutete die weitgehende Säuberung des Grenzgebietes von Vertretern westlicher Minderheiten, die verräterischer Absichten beschuldigt bzw. verdächtig wurden, nichts anderes, als dass diese auf eine Stufe mit Verbrechern, Konterrevolutionären und sogenannten „subversiven Elementen“ gestellt wurden.

Was die Zahl der zu deportierenden Personen anging, änderten sich die diesbezüglichen Weisungen mehrfach. Nachdem das Politbüro des ZK der KP(B)U die Bezirksparteikomitees am 24. Januar 1930 zunächst instruiert hatte, bis zum 15. März 150 000 Bauernwirtschaften zu entkulakisieren und etwa 60 000 Personen aus der Ukraine zu deportieren, wurde diese Zahl bereits im Februar auf 20 000 gesenkt, da die OGPU der UdSSR die neuen Siedlungsorte nicht rechtzeitig vorbereiten konnte.⁵¹ Zugleich wurde die Frist bis Mitte April verlängert.⁵² Mit Verweis auf den im Vergleich zur ukrainischen Bevölkerung hohen Kulakenanteil unter den nationalen Minderheiten des Westens rief das ZK der KP(B)U die

48 Referat über die kulturelle und wirtschaftliche Betreuung der nationalen Minderheiten in der Weißrussischen SSR, 3.04.1930. Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii [Staatliches Archiv der Russischen Föderation, GARF], Best. R-3316, Verz. 23, A. 1360, Bl. 30.

49 Anfang 1930 galt innerhalb der Moskauer Führung ein Angriff unter Beteiligung Polens und Rumäniens als wahrscheinlichstes Kriegsszenario, wobei das gesamte Territorium der Ukrainischen und Weißrussischen SSR und der Gebiete Leningrad und die Region West der RSFSR als mögliche Kriegsschauplätze angesehen wurden. Für den Fall einer Beteiligung Finnlands, Estlands oder Lettlands hielt man zudem Karelien sowie zwei Bezirke der Region Nord für gefährdet. Vgl. Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 518.

50 Martin, Terror (wie Anm. 17), S. 40.

51 In der Praxis wurden nicht nur Kulaken, sondern auch sogenannte „Kulakenlakaien“ [„podkulačniki“] deportiert, also Mittelbauern, Kleinbauern und sogar Tagelöhner, die einer kulakenfreundlichen bzw. kolchosfeindlichen Gesinnung verdächtig waren.

52 Valerij Vasil'ev: Pervaja volna splošnoj kollektivizacii i ukrainskoe krest'janstvo [Die erste Welle der vollständigen Kollektivierung und die ukrainische Bauernschaft], in: Valerij Vasil'ev, Viola Linn: Kollektivizacija i krest'janskoe soprotivlenie na Ukraine (nojabr' 1929 – mart 1930 gg.) [Die Kollektivierung und der bäuerliche Widerstand in der Ukraine (November 1929 – März 1930)], Vinnica 1997, S. 51 f.

Rayons- und Bezirksparteikomitees außerdem dazu auf, in den „deutschen, bulgarischen, griechischen, tschechoslowakischen, polnischen und sonstigen Kolonien“ nachdrücklich darauf hinzuwirken, die Kleinbauern und Tagelöhner zu organisieren und die Mittelbauern vollständig auf die eigene Seite zu ziehen.⁵³

Allem Anschein nach entsprachen diese Zahlen allerdings nicht ganz den Plänen Moskaus, da das Politbüro bereits am 5. März den streng geheimen Beschluss „Über die polnischen Siedlungen in den Grenzgebieten“ bestätigte, demzufolge nicht nur die zwölf grenznahen Bezirke der Ukraine und Weißrusslands (einschließlich der ASSR Moldawien) hinsichtlich der durchzuführenden Repressionsmaßnahmen den Rayons der durchgängigen Kollektivierung gleichgestellt werden sollten, sondern auch die Zahl der zu deportierenden Personen erheblich erhöht wurde. Sollten ursprünglich nur Kulaken der 1. („konterrevolutionäres Aktiv“) und 2. Kategorie („besonders reiche Kulaken und Halb-Gutsbesitzer“) deportiert werden, forderte der neue Beschluss über die bereits beschlossenen Zahlen hinaus die Deportation von: a) Familienangehörigen von Personen, die wegen Banditentums, Spionage, aktiver konterrevolutionärer Tätigkeit oder professionellen Schmuggels verurteilt waren; b) vorrangig polnischen Kulakenfamilien in einer Zahl von 3 000-3 500 aus Weißrussland und 10 000-15 000 aus der Ukraine.⁵⁴ Darüber hinaus sollten unabhängig von ihrer materiellen Lage alle polnischen Klein- und Mittelbauern, „deren Anwesenheit in Grenznähe die Organe der OGPU bzw. die örtlichen Parteiorgane als gefährlich“ einstufte, deportiert werden.⁵⁵

Die in dem Beschluss des Politbüros vorgesehenen Repressionen wurden allerdings nicht in vollem Umfang umgesetzt. So teilte der Leiter der Geheimen Operativverwaltung der GPU I. Leplevskij in einem Bericht mit, dass in fünf Bezirken der Ukrainischen SSR und der ASSR Moldawien 1 542 ursprünglich zur Ausweisung vorgesehene Familien (7 710 Personen) nicht ausgewiesen wurden.⁵⁶ Außerdem wurden im Grenzstreifen der Ukrainischen SSR statt der ursprünglich vorgesehenen 10 000-15 000 Familien „vorrangig polnischer Nationalität“ schließlich 15 000 „gezielt ausgewählte“ Einzelpersonen deportiert.⁵⁷

Da bis heute nicht alle Archivquellen zugänglich sind, lässt sich nicht sagen, aus welchen Überlegungen heraus das Politbüro seine ursprünglichen Pläne änderte. Man kann nur

53 Schreiben des ZK der KP(B)U „Über Maßnahmen zur Liquidierung der Kulakenwirtschaften in den Rayons durchgängiger Kollektivierung“, 2.2.1930, in: Vasil'ev, Linn, Kollektivizacija (wie Anm. 52), S. 147-150.

54 Dies geschah unabhängig davon, ob in dem betreffenden Rayon durchgängig kollektiviert wurde.

55 Sitzungsprotokoll Nr. 119 (Sonderprotokoll Nr. 117) des Politbüros, 5.3.1930. RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 8, Bl. 109 f. [Anlage Nr. 2]. Text des Beschlusses angeführt in: Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 508-510.

56 Der einzige grenznahe Bezirk der Ukraine, aus dem die GPU der Ukraine Kulaken auszusiedeln plante, war der Bezirk Tul'čin, der zu diesem Zeitpunkt in hohem Maße von Unruhen und Aufständen erfasst wurde. Vgl. Auskunft des Chefs der Verwaltung für Geheimoperationen (SOU) der GPU der Ukrainischen SSR Izrail' Leplevskij über den Verlauf der Aussiedlung des Kulakentums aus Bezirken der Ukrainischen SSR, 13.3.1930, in: Vasil'ev, Linn, Kollektivizacija (wie Anm. 52), S. 211 f.

57 In die Kategorie der Einzelpersonen „besonderer Bestimmung“ fielen Personen, die sich der Politik der Sowjetmacht aktiv widersetzen. Kostjuško geht allerdings fälschlicherweise davon aus, dass alle Weisungen des Politbüros ohne Änderung umgesetzt wurden. Vgl. Ivan I. Kostjuško: Pol'skoe nacional'noe men'sinstvo v SSSR (1920-e gody) [Die polnische nationale Minderheit in der UdSSR (1920er Jahre)], Moskva 2001, S. 161.

vermuten, dass die anfangs festgelegten Deportationspläne im Zuge der Verabschiedung der Direktive „Über die Ukraine und Weißrussland“ geändert wurden,⁵⁸ in der das Politbüro nur sechs Tage später, am 11. März 1930, aus Sorge vor einer eventuellen „Einmischung“ Polens eine Reihe kurzfristiger Maßnahmen zur Unterbindung von Unruhen in den Grenzrayons sanktionierte.⁵⁹ Im Einzelnen wurden die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien sowie die Organe der OGPU der Ukraine und Weißrusslands angewiesen, jegliche Akte „antisowjetischen Charakters“ in den Grenzbezirken kompromisslos zu unterbinden, die örtlichen Kräfte der Grenzgebiete innerhalb einer Woche durch „eine ausreichende Zahl erfahrener Parteiarbeiter“ aus anderen Bezirken zu verstärken, das Einsatzpersonal und die Kampfgruppen der OGPU durch die Mobilisierung von Reservisten „quantitativ und qualitativ“ zu stärken und vor allem schnellstmöglich und ohne Aufsehen eine Operation zur Verhaftung und Deportation „polnisch-kulakischer konterrevolutionärer Spionageelemente“ vorzubereiten und durchzuführen.⁶⁰ Damit sollten alle in den Grenzregionen durchgeführten Maßnahmen ausschließlich außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen untergeordnet werden. Für die Führer der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Ukraine und Weißrusslands bedeutete dies vor allem, unverzüglich sämtliche Zentren des Widerstands in der Grenzregion zu beseitigen und neue Massenunruhen zu verhindern. „Dank des entschiedenen Vorgehens der operativen Einsatzgruppen und Truppen der GPU wurden Aktionen und ein bewaffneter Aufstand unterbunden“, berichtete Ende März 1930 der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Ukraine Vsevolod Balickij, „ein Übergreifen der Unruhen auf andere Rayons und Bezirke konnte in allen Bezirken der Grenzzone verhindert werden [...]“.⁶¹

Obwohl sich die Diskussionen des Politbüros über „ausländische Kulaken“ (20.–25.2.1930)⁶² vorrangig auf das Grenzgebiet zu Polen bezogen, konnten die in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen nicht ohne Auswirkung auf die Situation im nordwestlichen Grenzgebiet bleiben. Von dort aus erfolgte die Aussiedlung des „kulakischen Elements“ zur gleichen Zeit und nach dem gleichen Szenario wie die analogen Operationen in der Ukraine und Weißrussland. Darüber hinaus ging der Beschluss des Politbüros vom 5. März 1930 „Über die polnischen Siedlungen im Grenzgebiet“, der sich im Prinzip ausschließlich auf die Ukraine und Weißrussland bezog, in seinem letzten Punkt aber explizit auf die Situation an der finnisch-sowjetischen Grenze ein: „Die OGPU ist anzuweisen, die Lage in den Grenzrayons des Gebiets Leningrad zu prüfen und ihre Vorschläge zu dieser

58 Sitzungsprotokoll Nr. 120 des Politbüros, 15.3.1930. RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 8, Bl. 114. Text des Beschlusses veröffentlicht in: Ken, Rupasov, Politbüro (wie Anm. 11), S. 514 f.

59 Während der gesamten ersten Hälfte des März 1930 blieb die Reaktion polnischer Regierungs- und Armeekreise auf die Ereignisse in der UdSSR im Fokus der Aufmerksamkeit Moskaus. Vgl. ausführlicher Ken, Rupasov, Politbüro (wie Anm. 11), S. 515-519.

60 Sitzungsprotokoll Nr. 120 des Politbüros, 15.3.1930. RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 8, Bl. 114.

61 Aktennotiz des Vorsitzenden der GPU der Ukraine Vsevolod Balickij an den Generalsekretär des ZK der KP(B)U Stanislav Kosior über Ursachen und Verlauf der Bauernunruhen in 11 Grenzbezirken der Ukraine, 30.3.1930, in: Vasil'ev, Linn, Kollektivizacija (wie Anm. 52), S. 245. Vgl. dazu Stalinskije deportacii (wie Anm. 42), S. 36.

62 Sitzungsprotokoll Nr. 118 des Politbüros, 25.2.1930. RGASPI, Best. 17, Verz. 3, A. 777, Bl. 2 f., 10 [Entscheidung des Politbüros vom 20.2.1930].

Frage zusätzlich einzubringen“.⁶³ Sehr aufschlussreich ist zudem, dass das unter der unmittelbaren Führung des Mitglieds des Politbüros Sergej Kirov stehende Gebietspartei-Komitee Leningrad bereits einen Tag zuvor einen „eigenen“ Beschluss über Maßnahmen zur Sicherung der Grenzrayons gefasst hatte,⁶⁴ demzufolge „besonders aktive Kulaken“ und „konterrevolutionäre, antisowjetische, Spionage- und Schmuggelelemente“ bis Mai 1930 ausgesiedelt werden sollten.⁶⁵ Außerdem wurden die örtlichen Parteiorganisationen angewiesen, innerhalb einer Frist von zwei Wochen in den von Finnen bewohnten Rayons bis zu 50 Führungskader der Rayonsexekutivkomitees, der Abteilungen für Volksbildung und der Kooperativen austauschen. Im Zuge der von Kirov eingeleiteten „Maßnahmen zur Festigung des Grenzgebiets“ zu Finnland wurden bis Anfang 1931 etwa 18 000 Finnen und Ingrier⁶⁶ aus den betreffenden Gebieten deportiert⁶⁷ und acht finnische, sieben ingrische/ischorische und drei estnische Dorfsowjets vollständig aufgelöst.

Befürchtungen, die innere Krise könne mit einer Intervention aus dem Ausland einhergehen, zwangen das Politbüro dazu, das Problem der „sozialen und politischen Stabilität“ an der Westgrenze bereits einen Monat später erneut zu diskutieren. Am 20. April bestätigte es den Beschluss „Über die Maßnahmen zur ökonomischen und kulturellen Förderung des Grenzstreifens“, der vor allem darauf hinauslief, wirtschaftliche Fragen wie den Umfang zusätzlicher staatlicher Zuweisungen oder die Wirtschaftsplanung in den an Finnland, Estland, Lettland, Polen und Rumänien angrenzenden „westlichen“ Bezirken und Rayons zu regeln.⁶⁸ Die einzige Maßnahme, die unmittelbar die politische Arbeit unter den „unzuver-

63 Sitzungsprotokoll Nr. 119 [Sonderprotokoll Nr. 117] des Politbüros, 5.3.1930. RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 8, Bl. 110.

64 Leo Suni: Ingermanlandskije finny [Die ingermanländischen Finnen], in: Vichavajnen, Takala (Hrsg.), V sem'e (wie Anm. 34), S. 72 f. Auch wenn Sergej Kirov auf den Sitzungen des Politbüros vom 25.2. und 5.3.1930 nicht anwesend war, lagen ihm dennoch alle Materialien zu den auf diesen Sitzungen diskutierten Fragen vor. Vgl. Stalinskoe Politbjuro v 30-e gody. Sbornik dokumentov [Das stalinistische Politbüro in den 1930er Jahren. Dokumentensammlung], zusammengest. v. Oleg Chlevnjuk, Aleksandr Kvašonkin u.a., Moskva 1995, S. 184 f.

65 Die finnischen Behörden, die daran interessiert waren, dass in der unmittelbaren Nachbarschaft Finnlands auch weiterhin eine finnischsprachige Bevölkerung lebte, versuchten die ingrische Bevölkerung zu Kolchoseintritten zu überreden, um deren Aussiedlung abzuwenden. Vgl. Suni, Ingermanlandskije finny (wie Anm. 64), S. 72 f.

66 In den entsprechenden Gebieten im Nordwesten lebte nach Aussage der russischen Ethnographin Natal'ja Juchneva bereits, bevor die Slawen in die Region kamen, eine „eingeborene finnischsprachige orthodoxe Bevölkerung“, bei der es sich um Woten, Ischoren, Wepsen und Karelier handelte. In westeuropäischen Quellen werden die Ischoren Ingrier und ihr Siedlungsgebiet Ingermanland genannt. Unter der schwedischen Herrschaft wurde das nach einem Massenexodus entvölkerte Land im 17. Jahrhundert von lutherischen Finnen besiedelt. In Russland werden diese Finnen Ingrier genannt. Im 19. Jahrhundert war auch die Bezeichnung „Petersburger Finnen“ verbreitet. Siehe Sergej Glezerov: Ingermanlandskije finny [Die Ingermanländischen Finnen], in: <http://terijoki.spb.ru/history> [letzter Zugriff: 12.03.2013].

67 Von diesen wurde wiederum etwa die Hälfte im Zuge der im Februar 1931 durchgeführten Operation deportiert. Vgl. Suni, Ingermanlandskije finny (wie Anm. 64), S. 72. Anderen Angaben zufolge deportierte die OGPU im Februar/März 1931 522 Kulakenfamilien (3 133 Personen) aus den Grenzrayons Kareliens. Vgl. Markku Kangaspuro: Finskaja epocha Sovetskoj Karelii [Die finnische Epoche Sowjetkareliens], in: Vichavajnen, Takala (Hrsg.), V sem'e (wie Anm. 34), S. 139; Musaev, Političeskaja istorija (wie Anm. 37), S. 231.

68 Die Kontrolle über die Umsetzung der Direktiven zur wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzra-

lässigen“ nationalen Minderheiten des Westens betraf, bestand darin, die Parteiführungen der Ukraine und Weißrusslands anzuweisen, „im Grenzstreifen für die Herausgabe zweier polnischsprachiger Zeitungen in der Ukraine und Weißrussland zu sorgen“.⁶⁹

Am 1. Dezember 1931 bestätigte das Politbüro zusätzlich den Beschluss „Über die politische und wirtschaftliche Lage im Grenzstreifen der Ukrainischen und Weißrussischen SSR“, in dem es u.a. forderte, „den Partei- und Sowjetorganen der Grenzrayons die Kampfaufgabe zu stellen, den Kampf für die schnellstmögliche Liquidierung des Einflusses kulakisch-antisowjetischer Elemente und die entschiedene Schwächung der Destabilisierungs- und Spionagetätigkeit der Agenten des faschistischen Polen auf dem Gebiet des Grenzstreifens zu intensivieren“.⁷⁰ Erreicht werden sollte dies einerseits durch eine Säuberung des „Sowjet-, Kooperativ- und Kolchosapparats von feindlichen und fremden Elementen“, andererseits durch die gezielte Förderung einiger „in politischer und strategischer Hinsicht besonders wichtiger Vorzeigerayons“. Ferner verurteilte das Politbüro die „antimittelbäuerlichen Exzesse“ gegenüber polnischen Bauern sowie die „Pervertierungen der Nationalitätenpolitik der Partei“ vor Ort, womit massenhafte Schließung polnischer Schulen, Auflösung polnischer Dorfsowjets usw. gemeint waren, und forderte von den Führungen der Weißrussischen und Ukrainischen SSR, auf dem Gebiet des kulturellen Aufbaus im Grenzstreifen sofort für Verbesserungen zu sorgen. Insbesondere wurden die ukrainischen und weißrussischen Zentralkomitees angewiesen, die Auflage der polnischen Zeitungen zu verdoppeln („Trybuna Radziecka“, „Sierp“, „Orka“), unverzüglich eine polnischsprachige Beilage zu den lokalen Zeitungen jener Rayons herauszugeben, in denen der polnische Bevölkerungsanteil mindestens 20% betrug, die Zahl der polnischen Schulen zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass diese ausreichend Lehrer, Lehrbücher und Lehrmittel bekamen.⁷¹ „Angesichts des insbesondere unter den Polen zu verzeichnenden akuten Mangels an ausgebildeten und zuverlässigen Kadern“, hieß es in dem Beschluss des Politbüros, „ist die Kaderabteilung des ZK der VKP(B) anzuweisen, innerhalb einer Frist von einem Monat 200 polnische Kommunisten und Komsomolzen zu mobilisieren, darunter 100 Lehrer, um sie zur Arbeit in die Grenzrayons zu entsenden [...]“.⁷²

Im Zuge der Umsetzung dieses Beschlusses und offensichtlich auf Drängen Moskaus ergriff das Büro des weißrussischen ZK Anfang 1932 die Initiative, den Rayon Kojdanovo in einen polnischen nationalen Rayon umzuwandeln.⁷³ Von dieser Maßnahme versprach sich die Minsker Führung eine „erfolgreichere Durchführung der wirtschaftlichen und politischen Kampagnen und der Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen Kulakentum, polnischen

jons wurde unmittelbar dem Rat für Arbeit und Verteidigung übertragen. Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 124 (Sonderprotokoll Nr. 122) des Politbüros, 25.4.1930 (per Befragung v. 20.4.1930). RGA-SPI, Best. 17, Verz. 162, A. 8, Bl. 141 f. [Anlage Nr. 2].

69 Ebenda, Bl. 142. Vgl. auch dazu Ken, Rupasov, Politbjuro (wie Anm. 11), S. 488.

70 Beschluss zur politischen und wirtschaftlichen Lage im Grenzstreifen der Ukraine und Weißrusslands, 1.12.1931 (Anlage zu Punkt 60/32 des Sitzungsprotokolls Nr. 78 des Politbüros). RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 11, Bl. 76.

71 Ebenda, Bl. 78 f.

72 Ebenda, Bl. 79.

73 Gesuch des Sekretärs des ZK der KP(B)W Gikalo an den Sekretär des ZK der VKP(B) Lazar' Kaganovič „Über die Einrichtung eines polnischen nationalen Rayons in der Weißrussischen SSR“, 21.2.1932. RGASPI, Best. 17, Verz. 114, A. 297, Bl. 183.

Chauvinismus und Klerikalismus“.⁷⁴ Bei der Gründung dieses polnischen nationalen Rayons (der den Namen Dzeržinskij erhalten sollte) im Jahr 1932 sollte es sich um den letzten großen Versuch des Zentrums handeln, dem polnischen Einfluss durch die „Kultivierung der polnischen kommunistischen Kräfte in der UdSSR“ entgegenzutreten.⁷⁵

3. „Das Trojanische Pferd“ ausländischer Mächte

Durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland sah sich die Sowjetführung gezwungen, ihre zuvor über ein Jahrzehnt lang verfolgten außenpolitischen Konzeptionen einem radikalen Kurswechsel zu unterziehen. So erklärte z.B. der Volkskommissar für Äußere Angelegenheiten Maksim Litvinov am 28. Dezember 1933: „Unsere Beziehungen zu Deutschland haben sich im vergangenen Jahr dermaßen verändert, dass sie sozusagen kaum wiederzuerkennen sind. In Deutschland haben Auftritte, Kundgebungen und Aktionen stattgefunden, die nicht nur unseren früheren Beziehungen nicht entsprachen, sondern uns ganz im Gegenteil Anlass gegeben haben zu denken, dass sich diese Beziehungen in ihr Gegenteil verkehrt haben [...]“.⁷⁶ 1934 kam es zum Abbruch der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit, die sich seit 1922 nicht zuletzt im militärischen Bereich intensiv entwickelt hatte. 1935 konnte Deutschland durch die Unterzeichnung des deutsch-britischen Flottenabkommens seine Position in der Ostseeregion erheblich stärken. All dies musste im Kreml große Besorgnis hervorrufen.⁷⁷ Stalin wies immer wieder auf die Gefahr eines imperialistischen Angriffs und einer völligen Isolierung des Sowjetreichs hin.⁷⁸ Auch Niko-

74 Ebenda. Vgl. auch dazu Materialien zur Sitzung des Sekretariats des ZK der VKP(B) vom 15.5.1932 (Protokoll Nr. 108, Punkt 18 „g“, per Befragung vom 10.5.1932). RGASPI, Best. 17, op. 114, A. 297, Bl. 14.

75 Vgl. Ken, Rupasov, Politburo (wie Anm. 11), S. 489; Mikołaj Iwanow: Pierwszy naród ukarany. Polacy w związku radzieckim 1921–1939 [Das erste bestrafte Volk. Die Polen in der Sowjetunion 1921–1939], Warszawa u.a. 1991, S. 155 f.; Sobczyński, Polska autonomia (wie Anm. 15), S. 57 f.

76 Dokumenty vnešnej politiki SSSR [Die Dokumente der sowjetischen Außenpolitik], Moskva 1970, Bd. 16, S. 791. Vgl. ausführlicher Sergej Sluč: Germanija i SSSR v 1918–1939 godach: motivy i posledstvija vnešnepolitičeskich rešenij [Deutschland und die UdSSR in den Jahren 1918–1939: Die Motive und die Folgen der außenpolitischen Lösungen], in: Daniil M. Proëktor (Hrsg.): Rossija i Germanija v gody vojny i mira (1941–1995) [Russland und Deutschland in den Jahren von Krieg und Frieden (1941–1994)], Moskva 1995, S. 57–66; Charuko Saito: Sovetskaja politika po otnošeniju k Germanii v 1933 g. [Die sowjetische Politik in Bezug auf Deutschland im Jahr 1933], in: Rossija i mir [Russland und die Welt], Moskva 2001, S. 379–397.

77 Timo Vichavajnen: Nacional'naja politika VKP(b)/KPSS v 1920-e – 1950-e gody i sud'by kareľ'skoj i finskoj nacional'nostej [Die nationale Politik der VKP(B)/KPdSU in den 1920er – 1950er Jahren und die Schicksale der karelischen und finnischen Nationalitäten], in: Vichavajnen, Takala (Hrsg.), V sem'e (wie Anm. 34), S. 25. Vgl. Saito, Sovetskaja politika (wie Anm. 76), S. 395 f.; Vladimir A. Nevežin: Sindrom nastupatel'noj vojny. Sovetskaja propaganda v predverii „svjaščennyh boev“ 1939–1941 gg. [Das Syndrom des offensiven Krieges. Die sowjetische Propaganda am Vorabend „der heiligen Kämpfe“ in den Jahren 1939–1941], Moskva 1997, S. 52 f.

78 Margarete Buber-Hejman: Mirovaja revoljucija i stalinskij režim. Zapiski očevidca o dejatel'nosti Kominterna v 1920-1930-ch godach [Die Weltrevolution und das Stalinregime. Notizen des Augenzeugen über die Tätigkeit der Komintern in den 1920er und 1930er Jahren], Moskva 1995, S. 239.

laj Bucharin beschrieb die außenpolitische Lage der UdSSR auf dem XVII. Parteitag 1934 mit drastischen Worten: „Hitler [...] will uns nach Sibirien verdrängen [...]; die japanischen Imperialisten [...] wollen uns aus Sibirien verdrängen, so dass uns wohl nichts anderes übrig bleiben wird, als die gesamte 160 Millionen Menschen umfassende Bevölkerung unserer Union bei den Hochöfen in Magnitka anzusiedeln [...]“.⁷⁹

Je mehr die Nationalsozialisten ihre Macht in Deutschland festigen und ihr internationales Gewicht steigern konnten, desto mehr vertieften sich die totalitären Züge der in der UdSSR zur Entlarvung einer „Fünften Kolonne“ unternommenen Anstrengungen. Nach dem Krieg sollte das Politbüro-Mitglied Lazar' Kaganovič rückblickend erklären: „Wir hatten bei uns eine ‚Fünfte Kolonne‘ [...]. Wenn wir diese ‚Fünfte Kolonne‘ nicht zerschlagen hätten, hätten wir den Krieg nicht gewonnen. Die Deutschen hätten uns vernichtend geschlagen“.⁸⁰ Vor diesem Hintergrund wurden gerade die nationalen Minderheiten der westlichen „bourgeois-faschistischen“ Nachbarstaaten der UdSSR zur Hauptzielscheibe der „nationalen Operationen“ der 1930er Jahre: Deutsche, Polen, Finnen, Esten, Letten u.a.

Eine neue Spirale der vom Kreml gesteuerten Repressionen wurde durch die Ermordung des Mitglieds des Politbüros Sergej Kirov am 1. Dezember 1934 in Gang gesetzt. Bereits wenige Stunden, nachdem ihn die Nachricht aus Leningrad erreicht hatte, arbeitete Stalin eigenhändig den Beschluss des Zentralexekutivkomitees der UdSSR aus, der als „Gesetz des 1. Dezember“ in die Geschichte eingehen sollte. Dieser außerordentliche, faktisch von Stalin im Alleingang in Kraft gesetzte Akt schrieb vor, sämtliche gerichtlichen Untersuchungen in Terrorverfahren innerhalb einer Frist von maximal zehn Tagen abzuschließen, den Angeklagten die Anklageschriften erst einen Tag vor der Verhandlung auszuhändigen, entsprechende Fälle ohne Anhörung der Verteidigung zu verhandeln, keinerlei Revisionen und Gnadengesuche zuzulassen und Todesurteile unmittelbar nach dem Urteilsspruch zu vollstrecken.⁸¹ Dieses Gesetz bedeutete nichts anderes als einen vollständigen Bruch mit sämtlichen zuvor bestehenden Normen der Gerichtsordnung und der Kontrolle über Todesurteile. Die Normen des stalinschen Gesetzes vom 1. Dezember 1934 waren auf die Durchführung großangelegter staatsterroristischer Aktionen zugeschnitten und fanden aus diesem Grund insbesondere in den Jahren 1937/38 intensiv Anwendung.⁸²

79 XVII s-ezd Vsesojuznoj kommunističeskoj partii (b). 26 janvarja – 10 fevralja 1934 g. Stenografičeskij otčet [Der XVII. Parteitag der KPdSU (B). 26. Januar – 10. Februar 1934. Stenografischer Bericht], Moskva 1934, S. 128.

80 Vgl. Feliks Čuev: Kaganovič. Šepilov. (Dos'e), Moskva 2001, S. 35.

81 Offiziell billigte das Politbüro den Beschluss erst zwei Tage später, am 3. Dezember 1934. Vgl. Sitzung des Politbüros vom 25.12.1934 (per Befragung vom 3.12.1934). RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 17, Bl. 87.

82 Oleg V. Chlevnjuk: Politbjuro. Mechanizmy političeskoj vlasti v 30-e gody [Das Politbüro. Die Mechanismen der politischen Macht in den 1930er Jahren], Moskva 1996, S. 142. Hinzu kommt, dass am 10.12.1934 eine ganze Reihe neuer Artikel der Strafprozessordnung der RSFSR in Kraft traten. Siehe dazu: Viktor V. Čencov, Natal'ja R. Romanec: Tragičeskie sud'by (iz istorii repressij protiv nemeckogo naselenija Ukrainy) [Die tragischen Schicksale (aus der Geschichte der Repressalien gegen die deutsche Bevölkerung der Ukraine)], in: Voprosy germanskoj istorii. Nemcy v Ukraine [Fragen der deutschen Geschichte. Die Deutschen in der Ukraine], Dnepropetrovsk 1996, S. 177. Vgl. Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012, S. 312.

Als nach dem bekannten Prozess gegen das sogenannte „Moskauer Zentrum“ im Januar 1935 eine Verhaftungswelle über das Land rollte,⁸³ richtete sich diese nicht nur gegen Parteimitglieder und frühere Oppositionelle, sondern auch gegen zahlreiche Vertreter der nationalen Minderheiten. Just zu dieser Zeit wurden auf unmittelbare Initiative des Politbüros auch die Arbeiten zur Säuberung der Grenzgebiete von konterrevolutionären Elementen wieder aufgenommen, die sich bald zu Massendeportationen Tausender „potentieller Kollaborateure“ aus den Reihen der Deutschen und anderer westlicher Nationalitäten auswuchsen.

Als erste gerieten die Angehörigen der deutschen Minderheit ins Visier des Kreml. Ihre ablehnende Haltung gegenüber der bolschewistischen Ideologie und ihre Neigung zur Emigration waren ebenso wie ihre zahlreichen Hilfsgesuche an emigrierte Verwandte und Bekannte, die materielle Hilfe und die moralische Unterstützung aus dem Ausland Grund genug, spezielle Maßnahmen gegenüber den Deutschen allgemein und insbesondere gegenüber jenen Deutschen zu ergreifen, die im strategisch wichtigen westlichen Grenzgebiet lebten. So hatte das ZK der KP(B)U bereits im April 1934 beschlossen, eine spezielle Kommission einzurichten, um den grenznahen deutschen Rayon Pulin zu überprüfen, deren Untersuchungsergebnisse wiederum das Sekretariat des ZK der KP(B)U veranlassten, am 16. Mai 1934 den Beschluss „Über den Rayon Pulin“ zu fassen, demzufolge die „Durchsetzung der deutschen Kolchosen mit kulakischen Elementen“ einen idealen Nährboden für die „antisowjetische Arbeit kulakisch-faschistischer Agenten“ geschaffen habe.⁸⁴ Am 20. Oktober 1934 bat der Erste Sekretär der ukrainischen KP Stanislaw Kosior⁸⁵ Lazar' Kaganoviè offiziell um die Erlaubnis, „notorisch kulakische Elemente“, größtenteils Polen und Deutsche, zusammen mit ihren Familien aus den Grenzrayons ausweisen zu dürfen.⁸⁶ Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Bereits zehn Tage später erschien der gemeinsame Beschluss des ZK der VKP(B) und des Rats der Volkskommissare der UdSSR „Über die Ukraine“, der die Ausweisung von „500 bis 1 000 Familien aus dem Grenzstreifen“ sanktionierte, sofern diese durch „zuverlässige Elemente“ ersetzt würden.⁸⁷ Am 5. November 1934

83 Am 9. Januar 1935 verhandelte der Sonderausschuss [Osoboe soveščanie] beim NKVD der UdSSR das Strafverfahren gegen die fiktive „Leningrader konterrevolutionäre Zinov'evsche Gruppe von Safarov, Zaluckij und anderen“. Insgesamt wurden 77 Personen, zum Teil hochrangige Parteimitglieder, in das Verfahren einbezogen, die dann allesamt zu Haft- oder Verbannungsstrafen unterschiedlicher Länge verurteilt wurden. Eine Woche später erhielten 19 weitere Personen Haftstrafen von 5-10 Jahren, die im Zusammenhang mit dem angeblich von Zinov'ev und Kamenev geführten sogenannten „Moskauer Zentrum“ angeklagt worden waren. Am 26. Januar 1935 unterschrieb Stalin einen Politbüro-Beschluss, demzufolge insgesamt 663 frühere Anhänger Zinov'evs aus Leningrad nach Sibirien bzw. Jakutien verbannt werden sollten. Vgl. Chlevnjuk, Politbjuro (wie Anm. 82), S. 142 f.

84 Nach Angaben der Kommission gab es im Rayon Pulin etwa 200 deutsche Kulakenhöfe. Vgl. N[ikolaj] V. Krivec: *Deportacija nemcev s Ukrainy v 1930-ch – načale 1940-ch gg.* [Die Deportation der Deutschen aus der Ukraine in den 1930er und zu Beginn der 1940er Jahre], in: *Migracionnyje processy sredi rossijskich nemcev: istoričeskij aspekt* [Die Migrationsprozesse der Russlanddeutschen: Der historische Aspekt], Moskva 1998, S. 269.

85 Von Juli 1930 an war Stanislaw V. Kosior selbst Mitglied des Politbüros. Vgl. Chlevnjuk, Politbjuro (wie Anm. 82), S. 286.

86 Krivec, *Deportacija nemcev* (wie Anm. 84), S. 270.

87 Beschluss des ZK der VKP(B) und des Rats der Volkskommissare der UdSSR über die Ukraine, 31.10.1934, in: *Lubjanka. Stalin i VČK–GPU–OGPU–NKVD. Archiv Stalina. Dokumenty vyssich organov partijnij i gosudarstvennoj vlasti. Janvar' 1922 – dekabr' 1936* [Lubjanka. Stalin und

ging das ZK der VKP(B) in einem an die nationalen Zentralkomitees und die Regions- und Gebietspartei Komitees gerichteten chiffrierten Telegramm noch einen Schritt weiter, indem es nicht nur eine Initiative aus der Provinz sanktionierte, sondern die Notwendigkeit einer gegen die Deutschen gerichteten Massendepotatation selbst ausführlich begründete:

„In den von Deutschen bewohnten Rayons sind in der letzten Zeit antisowjetische Elemente aktiv geworden, die offen konterrevolutionäre Arbeit betreiben. Zugleich haben die örtlichen Organe von Partei und NKVD darauf nur überaus nachlässig reagiert und lassen den Dingen de facto ihren Lauf, da sie fälschlicherweise davon ausgehen, dass unsere internationale Politik eine derartige Milde gegenüber den Deutschen oder anderen in der UdSSR lebenden und die elementare Loyalität zur Sowjetmacht missachtenden Nationalitäten erforderlich macht [...]. Das ZK erachtet ein solches Verhalten der Organe von Partei und NKVD für durch und durch falsch und schlägt vor, gegenüber den aktiven konterrevolutionären und antisowjetisch gestimmten Elementen repressive Maßnahmen einzuleiten, Verhaftungen und Ausweisungen vorzunehmen und notorische Anführer zum Tod durch Erschießen zu verurteilen“.⁸⁸

Auch die zahlenmäßig zweitgrößte der als illoyal geltenden nationalen Minderheiten des Westens – die Polen – entging nicht der Aufmerksamkeit der Führung. Eine Woche nach den Deutschen stand die polnische nationale Minderheit ebenfalls auf der Tagesordnung der Sitzung des Politbüros, das am 9. November „Über die polnischen Rayons und Schulen in der Weißrussischen und Ukrainischen SSR“ und „Über die Polen“ diskutierte.⁸⁹ Daraufhin wurden bereits Ende 1934 nach Aussage des ukrainischen ZK-Chefs Stanislav Kosior die Führungskader der Grenzregionen der Republik von „Nationalisten“ gesäubert und polnische nationale Dorfsowjets und Schulen „entpolonisiert“. So verloren allein in den Gebieten Winnica und Kiew 25 zuvor polnische Dorfsowjets und 205 der insgesamt 444 „künstlich geschaffenen polnischen Schulen“ (46%) ihren nationalen Status.⁹⁰

VČK-GPU-OGPU-NKVD. Stalins Archiv. Die Dokumente der obersten Organe der Partei- und Staatsmacht. Januar 1922 – Dezember 1936], zusammengest. v. Vladimir N. Chaustov, Vladimir P. Naumov u.a., Moskva 2003, S. 571.

88 Chiffriertes Telegramm aus Moskau, ZK der VKP(B), Nr. 33, 34, 5.11.1934, in: Arkadij A. German: Nemeckaja avtonomija na Volge 1918–1941 [Die deutsche Autonomie an der Wolga 1918–1941], Teil 2, Saratov 1994, S. 332 f. [Anhang 1].

89 Sitzungsprotokoll Nr. 16 des Politbüros, 13.11.1934 (per Befragung vom 9.11.1934). RGASPI, Best. 17, Verz. 3, A. 954, Bl. 26. Das Politbüro hatte bereits im Sommer 1934 eine Kommission unter Leitung von Aleksej I. Steckij eingerichtet, die „Vorschläge“ für das weitere Vorgehen in der Frage der polnischen Rayons und Schulen in der Ukrainischen und Weißrussischen SSR ausarbeiten sollte. Diese Kommission legte den Grundstein für die Liquidierung der „polnischen Kulturinseln“ in der UdSSR. Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 11 des Politbüros, 5.8.1934 (Punkt 177/160, per Befragung vom 1.8.1934). Ebenda, A. 949, Bl. 33.

90 Im Zuge dieser Reorganisation wurden die polnischen zum Teil zu ukrainischen Schulen erklärt (35 Schulen) und zum Teil mit letzteren zusammengelegt. Vgl. Aktennotiz Stanislav Kosiors an Iosif Stalin über die Sicherung des Grenzstreifens, 23.12.1934, in: Lubjanka (wie Anm. 87), S. 582 f. Vgl. Vasil' Maročko, G'otc Chillig: Represovani pedagogy Ukrajinu: žertvy polityčnogo teroru (1929–1941) [Die unterdrückten Lehrer der Ukraine: Opfer des politischen Terrors (1929–1941)], Kyjiv 2003, S. 219 f.

Ohne Zweifel erreichten auch die ethnisch motivierten Massendeportationen nach der Ermordung Kirovs eine neue Dimension.⁹¹ Durch die Zwangsumsiedlungen von Angehörigen einzelner nationaler Minderheiten konnte der Kreml Zeit gewinnen, um seine Interessen in den strategisch wichtigen Grenzregionen unabhängig von konkreten Sowjetisierungserfolgen unter den entsprechenden Minderheiten zu sichern. Am 23. Dezember 1934 bat der ukrainische ZK-Chef Kosior Stalin in einer Aktennotiz um die Bestätigung der vom ZK der KP(B)U ausgearbeiteten Maßnahmen zur Säuberung der von Deutschen und Polen bewohnten Rayons und Dörfer des Grenzstreifens von „unzuverlässigen und antisowjetischen Elementen“.⁹² Die Operation bestand aus zwei Etappen: Etwa 2 000 Haushalte sollten durch Kräfte des NKVD in den Norden verbannt werden. „Unzuverlässige Elemente aus den Reihen der Einzelbauern und einzelner Kolchosbauern“ seien in einer Zahl von 8 000-9 000 Haushalten aus den Grenzrayons in den Osten der Ukraine umzusiedeln.⁹³ Dabei war geplant, in erster Linie solche Dörfer zu säubern, die in der Nähe von militärischen Grenzsicherungsanlagen und anderen strategisch wichtigen Objekten lagen. Zugleich seien anstelle der ausgesiedelten illoyalen nationalen Minderheiten etwa 4 000 Familien der „besten ukrainischen Kolchosbauern und Aktivisten“ aus den Gebieten Kiew und Ėernigov und etwa 2 000 demobilisierte Rotarmisten in den betreffenden Regionen anzusiedeln. Zur praktischen Umsetzung der insgesamt 24 Grenzrayons betreffenden Operation sollten elf Trojkas [Dreierausschüsse] aus Vertretern der Partei, des NKVD und des Militärkommandos eingerichtet werden, wobei für die nach Aussage Kosiors wegen ihres hohen polnischen bzw. deutschen Bevölkerungsanteils besonders problematischen Rayons Marchlewski, Novograd-Volynskij und Pulin jeweils eine eigene Trojka zuständig sein sollte.⁹⁴ Nachdem das Politbüro die Bitte Kosiors bereits vier Tage nach Eingang der Notiz durch seinen Beschluss „Über die Ukraine“ sanktioniert hatte,⁹⁵ konkretisierte es am 23. Januar 1935 endgültig die Umsiedlungsfristen und legte die genaue Zahl der „unzuverlässigen Elemente“ auf 8 300 fest.⁹⁶ Insgesamt wurden im Frühjahr 1935 41 650 Personen bzw. 8 329 Familien aus den grenznahen Gebieten Kiew und

91 An ihren neuen Siedlungsorten wurden die Zwangsumgesiedelten zu dieser Zeit als „Kirovcy“ bezeichnet. Vgl. Viktor A. Maamjagi [Maamägi]: *Estoney v SSSR. 1917–1940 gg.* [Esten in der UdSSR. 1917–1940], Moskva 1990, S. 190.

92 Offensichtlich ergänzte und erläuterte die betreffende Notiz den Beschluss des Politbüros des ZK der KP(B)U vom 20.12.1934 „Über Umsiedlungen in den Grenzrayons“, in dem u.a. empfohlen wurde, alle Einzelbauern und jene Kolchosbauern, „deren Zuverlässigkeit unter den Bedingungen des Grenzstreifens nicht als gesichert gelten kann“, aus den mehrheitlich von Polen und Deutschen bewohnten Rayons auszusiedeln. Vgl. Krivec, *Deportacija nemcev* (wie Anm. 84), S. 270.

93 Aktennotiz Stanislav Kosiors an Iosif Stalin über die Sicherung des Grenzstreifens, 23.12.1934, in: Lubjanka (wie Anm. 87), S. 582 f.

94 Ebenda, 583.

95 Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 18 des Politbüros, 27.12.1934. RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 17, Bl. 101. Die Frage der Sicherung der Grenzen der Ukrainischen SSR sollte auch am 31.3.1935 im Politbüro diskutiert werden, sie wurde allerdings aus nicht bekannten Gründen von der Tagesordnung genommen. Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 23 des Politbüros, 3.4.1935 (per Befragung vom 31.3.). Ebenda, Verz. 3, A. 961, Bl. 62.

96 Vladimir Jevtuch, Bogdan Ćirko: *Nimci v Ukrajinu (1920-i – 1990-i roky)* [Die Deutschen in der Ukraine (1920er – 1990er Jahre)], Kyjiv 1994, S. 75 f. Vgl. Viktor V. Ćencov: *Tragiĉeskie sud'by. Politiĉeskie repressii protiv nemeckogo naselenija Ukrainy v 1920-e – 1930-e gody* [Die tragischen Schicksale. Die politischen Repressalien gegen die deutsche Bevölkerung der Ukraine in den 1920er und 1930er Jahren], Moskva 1998, S. 79.

Vinnica in den Osten der Ukraine zwangsumgesiedelt,⁹⁷ von denen etwa 60% Polen (2 886 Familien) und Deutsche (1 903 Familien) waren.⁹⁸ In besonders großem Maße hatte der „am stärksten von antisowjetischen und konterrevolutionären Elementen durchsetzte“ polnische Marchlewski-Rayon unter den Deportationen zu leiden, aus dem im Frühjahr 1935 1 188 größtenteils polnische Haushalte deportiert wurden.⁹⁹ Zugleich wandte sich bereits am 31. Juli 1935 der Erste Sekretär des Gebietsparteikomitees Kiew Pavel Postyšev mit der Bitte an Stalin, die Deportationsquote für den Marchlewski-Rayon um 350 Haushalte zu erhöhen.¹⁰⁰ Insgesamt wurden nach Ausweitung der Höchstgrenzen im Herbst 1935 noch einmal 1 500 „unzuverlässigen Ethnien“ angehörende Familien aus den Grenzrayons der Ukraine ausgewiesen.¹⁰¹ Den Schlussakkord all dieser „Operationen“ setzte schließlich die Auflösung des grenznahen polnischen Rayons Marchlewski und des deutschen Rayons Pulin, die im September 1935 mit Billigung des Politbüros erfolgte.¹⁰²

Auch die Weißrussische SSR entging nicht der „Fürsorge“ des Kreml. Schon im Juni 1935 fasste das Politbüro den Beschluss „Über Maßnahmen zur Steigerung des Schutzes der Grenzen der Weißrussischen SSR“, demzufolge auch in Weißrussland nicht nur „aktive aufrührerisch-feindselige bzw. spionageverdächtige Elemente“, sondern auch 2 000 lediglich als „unzuverlässig“ einzustufende Familien aus Weißrussland ausgesiedelt werden sollten.¹⁰³ Dabei fielen in diese Kategorie vor allem Angehörige der nationalen Minderheiten des Westens – Polen und Deutsche.¹⁰⁴

97 Umsiedlern in die Gebiete Char'kov und Doneck wurden z.B. die folgenden Rayons zugewiesen: Svatovo, Troick, Pokrovskoe, Lozno-Aleksandrovka, Beloluck und Dvurečenskoe. Vgl. Krivec, *Deportacija nemcev* (wie Anm. 84), S. 270; Jevtuch, *Čirko, Nimci v Ukrajinu* (wie Anm. 96), S. 75.

98 Martin, *The Origins* (wie Anm. 11), S. 848 f.

99 Zur „Grenzsicherung“ wurden anstelle der Zwangsumgesiedelten 745 Haushalte „zuverlässiger ukrainischer Kolchosbauern“ im Süden des Gebiets Kiew angesiedelt.

100 Von diesen sollten 300 Haushalte in andere Gebiete der Ukraine und 50 Haushalte in den Norden ausgesiedelt werden. Vgl. Aktennotiz Pavel Postyševs an Iosif Stalin über die Notwendigkeit der Umsiedlung „konterrevolutionärer Elemente“, 31.7.1935, in: Lubjanka (wie Anm. 87), S. 682.

101 Martin, *The Origins* (wie Anm. 11), S. 848 f. Dabei wurden selbst zahlenmäßig „unerhebliche“ ethnische Aussiedlungen eigens durch das Politbüro sanktioniert. So beschloss das Politbüro z.B. auf seiner Sitzung vom 16.12.1935 im Rahmen der Erörterung der Frage „Über die grenznahen Eisenbahnknotenpunkte der Südwestbahn“, einige hundert „politisch unzuverlässige“ polnische Familien in Arbeitslager bzw. in entfernte Regionen des Landes zu deportieren. Vgl. Lubjanka (wie Anm. 87), S. 804; *Stalinskie deportacii* (wie Anm. 42), S. 53 f.

102 Offiziell wurde diese Entscheidung mit der „wirtschaftlichen Schwäche“ der Rayons begründet. Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 33 des Politbüros, 29.9.1935 (per Befragung vom 21.9.). RGASPI, Best. 17, Verz. 3, A. 971, Bl. 54 f. Vgl. auch Martin, *The Origins* (wie Anm. 11), S. 848 f.; Jevtuch, *Čirko, Nimci v Ukrajinu* (wie Anm. 96), S. 75.

103 Aus dem Beschluss des Politbüros „Über Maßnahmen zur Steigerung des Schutzes der Grenzen der Weißrussischen SSR“, 12.6.1935, in: Lubjanka (wie Anm. 87), S. 674.

104 Das Mitglied des Politbüros Andrej A. Andreev äußerte sich nach einem Besuch in den Grenzregionen Weißrusslands im Juni 1938 unzufrieden damit, dass es dort noch „Reste“ polnischer Bevölkerung gab. In einem Schreiben an Stalin wies er auf die Notwendigkeit hin, die Polen „irgendwohin ins Landesinnere umzusiedeln“. Vgl. Schreiben Andrej Andreevs an Iosif Stalin, 30.6.1938, in: *Sovetskoe rukovodstvo. Peregovorki 1928–1941* [Die sowjetische Führung. Die Korrespondenz 1928–1941], zusammengest. v. Aleksandr V. Kvašonkin, Ljudmila P. Košeleva u.a., Moskva 1999, S. 393.

Doch damit war die „Domestizierung“ der Westgrenzen noch lange nicht abgeschlossen. Am 25. November 1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP(B)U die Gründung einer Kommission zur Vorbereitung der Aussiedlung weiterer 6 000-7 000 Haushalte aus dem Grenzgebiet, die schon nicht mehr innerhalb der Ukraine, sondern in entfernte Regionen deportiert werden sollten.¹⁰⁵ Im Januar begann die Führung des NKVD der UdSSR, konkrete Pläne für die Umsiedlung „unzuverlässiger Elemente“ von der Westgrenze der Ukraine nach Kasachstan auszuarbeiten.¹⁰⁶ Auf dem Januarplenium des ZK der KP(B)U 1936 erklärte der Leiter des NKVD der Ukraine Vsevolod Balickij: „In der Ukraine treffen wir vor allem auf polnischen und deutschen Faschismus. In den deutschen Dörfern ist unsere Arbeit immer noch schwach [...]; der subversiven Arbeit der deutschen Faschisten muss unsere besondere Aufmerksamkeit gelten [...]“.¹⁰⁷ Die Grenzrayons der rechtsufrigen Ukraine¹⁰⁸ seien für Hitler von besonderem Interesse, da die dort bestehenden vier nationalen deutschen Rayons eine ideale Basis für faschistische Stützpunkte im Hinterland der Grenze darstellten.¹⁰⁹

Am 17. Januar 1936 diskutierte das Politbüro „Über die Grenzgebiete der Ukrainischen SSR“.¹¹⁰ Zwei Monate später fasste das ukrainische Politbüro den Beschluss „Über die Umsiedlung nach Kasachstan“, dem am 9. April 1936 der Beschluss „Über die Umsiedlung von 15 000 Familien aus den Gebieten Kiew und Vinnica nach Kasachstan“ folgte, der festlegte, aus welchen Rayons wie viele Menschen deportiert werden sollten.¹¹¹ Die endgültige Entscheidung fiel schließlich wie gewöhnlich in Moskau, wo das Politbüro am 28. April 1936 die Frage „Über die Aussiedlung polnischer und deutscher Familien aus der Ukraine und ihr wirtschaftliches Auskommen im Gebiet Karaganda der Kasachischen ASSR“ beantwortete.¹¹² Insgesamt sollten etwa 45 000 Menschen aus der Grenzzone der Ukraine nach

105 Jevtuch, Čirko, Nimci v Ukrajinі (wie Anm. 96), S. 76 f.; vgl. Čencov, Romanec, Tragičeskie sud'by (wie Anm. 82), S. 79.

106 Vgl. Naselenie Rossii v XX veke. Istoričeskie očerki [Die Bevölkerung Russlands im XX. Jahrhundert. Historische Skizzen], Red. Valentina B. Žiromskaja, T. 1, Moskva 2000, S. 332. Neben der politischen Aufgabe, die Grenzgebiete von „unzuverlässigen Elementen“ zu säubern, spielten Überlegungen eine Rolle, Kasachstan wirtschaftlich zu entwickeln (Ausweitung der Anbauflächen der Sowchosen für Zuckerrüben, Entwicklung der Zuckerindustrie, des Tabakanbaus usw.). Vgl. Alfred Eisfeld, Victor Herdt (Hrsg.): Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, Köln 1996, S. 27-29.

107 Zit. in: Krivec, Deportacija nemcev (wie Anm. 84), S. 270.

108 Die rechtsufrige Ukraine ist der historische Name des westlich des Dnepr gelegenen Teils des Landes.

109 Vgl. Jevtuch, Čirko, Nimci v Ukrajinі (wie Anm. 96), S. 61.

110 Sitzungsprotokoll Nr. 36 des Politbüros, 9.2.1936 (per Befragung vom 17.3.). RGASPI, Best. 17, Verz. 3, A. 974, Bl. 50.

111 Jevtuch, Čirko, Nimci v Ukrajinі (wie Anm. 96), S. 76 f. Aufgrund der Entscheidung des ZK der KP(B) und des Rats der Volkskommissare Kasachstans „Über die Umsiedler aus der Ukraine“ (16.2.1936) sollten in das Gebiet Südkasachstan 5 500 Familien, in die Gebiete Alma-Ata und Karaganda 3 000, in das Gebiet Ostkasachstan 2 000 und in das Gebiet Aktjubinsk 100 Familien gebracht werden. Vgl. Eisfeld, Herdt (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung (wie Anm. 106), S. 27-29. In der Praxis wurden die Übersiedler nur in zwei Gebieten angesiedelt: in Nordkasachstan (31 Siedlungen) und Karaganda (6 Siedlungen). Vgl. Auskunft des Gebietspartei Komitees Nordkasachstan, frühestens 15.12.1936, in: Iz istorii nemcev Kazachstana (1921–1975 gg.) [Zur Geschichte der Deutschen Kasachstans (1921–1975)]. Eine Dokumentation, zusammengest. v. N. Buchonova, Almaty u.a. 1997, S. 85.

112 Sitzungsprotokoll Nr. 39 des Politbüros, 20.5.1936 (per Befragung 28.4., Anlage 57), in: Grant

Kasachstan umgesiedelt werden.¹¹³ In erster Linie betraf dies die polnische Minderheit, die innerhalb eines 800 Meter breiten Streifens entlang der Staatsgrenze zu Polen bzw. in der Nähe von Truppenstandorten oder Grenzbefestigungsanlagen lebte.¹¹⁴ In zwei Schüben im Juni und September 1936 wurden insgesamt 15 000 Haushalte (69 283 Menschen) aus dem ukrainischen Grenzgebiet deportiert;¹¹⁵ unter ihnen waren 75,7% Polen, 23,4% Deutsche und 0,8% Ukrainer.¹¹⁶

Zeitgleich zu den entsprechenden „Operationen“ in der Ukraine wurden im nordwestlichen Grenzgebiet „unzuverlässige“ ethnische Gruppen ausgesiedelt. In der Nacht auf den 28. Februar 1935 hatte in Leningrad eine großangelegte Operation des NKVD stattgefunden, bei der alle „sozial-gefährlichen Elemente“, die bei früheren, gegen die ehemals besitzende Klasse¹¹⁷ gerichteten Repressionswellen verschont geblieben waren, verhaftet und deportiert werden sollten.¹¹⁸ Danach beauftragten die Sekretäre des Gebietspartei Komitees Leningrad Andrej Ždanov und Michail Ėudov am 10. März 1935 die Sekretäre der Rayonspartei Komitees der Grenzrayons Leningrads und Kareliens, ihre Rayons von allen „konterrevolutionären Elementen“, die sich den Verhaftungen vom 28. Februar entzogen hatten, zu säubern. Sie schlugen außerdem Stalin vor, im Rahmen dieser Aktion Massenausweisungen von Finnen, Kareliern, Ingriern und anderen „unzuverlässigen“ Ethnien durchzuführen.¹¹⁹ Am 15. März 1935 bestätigte das Politbüro „Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes der Grenzen des Ge-

M. Adibekov (Hrsg.): Politburo CK RKP(b) – VKP(b). Povestki dnja zasedanij, 1919–1952 [Das Politbüro des ZK RKP(B) – VKP(B). Die Tagesordnungen der Sitzungen. 1919–1952], Katalog, Bd. 2, Moskva 2000, S. 762. Der betreffende Entscheid wurde als „streng geheimer“ Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR (Nr. 776–129/ss) ausgefertigt, der von Vjačeslav Molotov und Valerij Mežlauk gezeichnet war. Vgl. Stalinskie deportacii (wie Anm. 42), S. 56–59; Naselenie Rossii (wie Anm. 106), S. 332.

- 113 Der Beschluss schrieb vor, für die polnischen und deutschen Übersiedlerfamilien spezielle Siedlungen nach dem Vorbild der landwirtschaftlichen Arbeitssiedlungen des NKVD zu organisieren. Dabei durften die Zwangsumgesiedelten ihre neuen Siedlungsorte nicht verlassen, und die Organisation ihrer Arbeit sollte durch die Hauptlagerverwaltung des NKVD erfolgen. Vgl. Naselenie Rossii (wie Anm. 106), S. 332. Vgl. dazu: Der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR Genrich Jagoda über die Unterbringung der aus der Ukraine ausgesiedelten Deutschen und Polen in Kasachstan, 25.1.1936, in: Eisfeld, Herdt (Hrsg.): Deportation, Sondersiedlung (wie Anm. 106), S. 25.
- 114 Für die Umsiedlungen bewilligte die Sowjetregierung 6 428 300 Rubel. Vgl. Naselenie Rossii (wie Anm. 106), S. 332 f.; Poljan, Ne po svoej vole (wie Anm. 32), S. 88.
- 115 Allein in der ersten Gruppe der Deportierten waren 35 820 Polen, was bis zu 10% der Bevölkerung der betreffenden Rayons ausmachte. Vgl. Naselenie Rossii (wie Anm. 106), S. 333 f.; Eisfeld, Herdt (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung (wie Anm. 106), S. 30 f.; Nikolaj F. Bugaj: L. Berija – I. Stalinu: „Soglasno Vašemu ukazaniu [...]“ [L. Berija an I. Stalin: „Nach Ihrem Hinweis (...)“], Moskva 1995, S. 11 f.
- 116 Stalinskie deportacii (wie Anm. 42), S. 49, 69 f.; Auskunft des Gebietspartei Komitees Nordkasachstan, frühestens 15.12.1936, in: Iz istorii nemcev Kazachstana (wie Anm. 111), S. 85. Otto J. Pohl: Ethnic Cleansing in the USSR, 1937–1949, Westport 1999, S. 30 f. In der Monografie Jurij Stecovskij lässt sich die höchst zweifelhafte Angabe finden, aus der Weißrussischen und Ukrainischen SSR seien 1935 550 000 Polen und 1936 noch einmal 90 000 Polen und Deutsche deportiert worden. Vgl. Jurij Stecovskij: Istorija sovetskich repressij [Geschichte der sowjetischen Repressionen], Bd. 1, o.O. 1997, S. 453.
- 117 Dazu gehörten Adlige, Gutsbesitzer, frühere Staatsbeamte und Offiziere.
- 118 Vgl. dazu Stalinskie deportacii (wie Anm. 42), S. 45 f.
- 119 Musaev, Političeskaja istorija (wie Anm. 37), S. 231 f.; Boris Starkov: Instrumentarij nacional'noj

biets Leningrad und der ASSR Karelien“, denen zufolge das gesamte „unzuverlässige Element“ aus den Grenzrayons des Gebiets Leningrad und der ASSR Karelien nach Kasachstan und Westsibirien deportiert werden sollte.¹²⁰ Mit der Umsetzung dieser Aktion wurden der neue Erste Sekretär des Gebietspartei Komitees Leningrad Andrej Ždanov und der neue Leiter der Verwaltung des NKVD des Gebiets Leningrad Leonid Zakovskij betraut.¹²¹

Am 31. März fasste das Büro des Gebietspartei Komitees Leningrad den Beschluss „Über die Säuberung des Grenzstreifens des Gebiets Leningrad und der ASSR Karelien vom kulakischen und antisowjetischen Element“, wonach insgesamt 11 795 Personen in zwei Etappen ausgesiedelt werden sollten.¹²² Zunächst sämtliche innerhalb eines 22 km breiten Streifens entlang der Grenze ansässigen Finnen, dann alle innerhalb eines 50 km breiten Streifens im Gebiet Leningrad und die innerhalb eines 100 km breiten Streifens in der ASSR Karelien lebenden Finnen.¹²³ In der Praxis lief dies darauf hinaus, dass die gesamte inrussische Bevölkerung als „unerwünschtes Element“ von der karelischen Landenge und der Südküste des Finnischen Meerbusens abtransportiert wurde.¹²⁴

Bereits eine Woche vor diesem Beschluss des Gebietspartei Komitees hatte die Verwaltung des NKVD des Gebiets Leningrad die streng geheime Anweisung von Genrich Jagoda erhalten, die Grenzzonen des Gebiets Leningrad und Kareliens von „Kulaken und antisowjetischen Elementen“ zu säubern.¹²⁵ Für die Vorbereitung der ersten Etappe der Operation aus dem 22-Kilometer-Streifen setzte Jagoda eine Frist von einer Woche, für die gesamte

politiki VKP(b) i ego primenenie [Das Instrumentarium der nationalen Politik der VKP(B) und seine Anwendung], in: Vichavajnen, Takala (Hrsg.), V sem'e (wie Anm. 34), S. 95.

- 120 Sitzungsprotokoll Nr. 23 des Politbüros, 3.4.1935 (per Befragung vom 15.3.). RGASPI, Best. 17, Verz. 162, A. 17, Bl. 149. An gleicher Stelle wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, die in Petrozavodsk stationierte Karelische Jägerbrigade aufzulösen und eine russische Kaderdivision nach Karelien zu versetzen. Während karelische Soldaten auch noch nach der Säuberung in die russische Division übernommen werden konnten, wurden finnische Offiziere vollständig aus ihren Reihen ausgeschlossen. Vgl. ebenda, Bl. 151.
- 121 Ebenda, Bl. 149. Am 25.4.1935 erschien das Rundschreiben Nr. 70 der Hauptverwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz des NKVD der UdSSR „Über die Säuberung eines 22 km breiten Grenzstreifens von Kulaken und antisowjetischen Elementen“. Vgl. Naselenie Rossii (wie Anm. 106), S. 331.
- 122 Starkov, Instrumentarij (wie Anm. 119), S. 95.
- 123 Auf Initiative der NKVDs der UdSSR und der ASSR Karelien bestätigte das Gebietspartei Komitee der ASSR Karelien im Frühjahr 1935 seinerseits die Maßnahmenpläne „Über die Aussiedlung klassenfremder Elemente aus der Stadt Petrozavodsk“ (März) und „Über die Säuberung eines 22 km breiten Grenzstreifens der ASSR Karelien von kulakischen und antisowjetischen Elementen“ (April). Im Anschluss an diese beiden Aussiedlungsoperationen folgte die „Aussiedlung von Pässen für die Bewohner des 50 km breiten Grenzstreifens“, die ebenfalls auf Massendeportationen der „illoyalen“ Bevölkerung hinauslief. Vgl. Irina Takala: Nacional'nye operacii OGPU/NKVD v Karelii [Die nationalen Operationen von OGPU/NKVD in Karelien], in: Vichavajnen, Takala (Hrsg.), V sem'e (wie Anm. 34), S. 181 f.
- 124 In der zweiten Etappe wurden die Ausgesiedelten vor allem in die Gebiete Archangel'sk, Novgorod und Vologda gebracht. Vgl. Suni, Ingermanlandskie finny (wie Anm. 64), S. 73. Anderen Quellen zufolge wurden die Übersiedler auch in der ASSR Komi angesiedelt. Vgl. Naselenie Rossii (wie Anm. 106), S. 331.
- 125 Am 28. März 1935 erschien der vom Leiter der Verwaltung des NKVD des Gebiets Leningrad Leonid M. Zakovskij gezeichnete Befehl Nr. 0100 „Über die Säuberung des 22 km breiten Grenzstreifens vom kulakischen und antisowjetischen Element“. Vgl. Musaev, Političeskaja istorija (wie Anm. 37), S. 232.

Operation 25 Tage. Nach den daraufhin von der Leningrader Verwaltung des NKVD ausgearbeiteten und von Moskau bestätigten Plänen sollten 3 457 Familien aus dem nördlichen Ingermanland nach Tadschikistan (etwa 1 000 Familien) und Kasachstan ausgesiedelt werden. Tatsächlich wurden bis zum 25. April 1935 sogar 5 100 Familien (22 511 Personen), also fast doppelt so viele wie ursprünglich geplant, aus dem Grenzstreifen deportiert.¹²⁶ Die Zwangsumgesiedelten waren mehrheitlich Bauern, die nach der „Kulakenverbannung“ der Jahre 1930–1932 in ihre Heimatsorte zurückgekehrt waren. Nun wurde ihnen „Antisowjetismus, Feindseligkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber dem Regime“ vorgeworfen.¹²⁷ Die Gesamtzahl der in den Jahren 1935/36 deportierten Ingrier wird auf 26 000–27 000 geschätzt,¹²⁸ wobei allein aus dem finnischen Rayon Kujvozi etwa 22 000 Personen abtransportiert wurden.¹²⁹ Dieser Eifer der örtlichen Behörden ging offensichtlich nicht zuletzt auf das Drängen Stalins persönlich zurück, der hinsichtlich der Säuberung der Karelischen Landenge zur Eile mahnte. So erklärte Andrej Ždanov im April 1936 auf einer Sitzung des Gebietspartei Komitees, dass Stalin die für das betreffende Jahr geplante Umsiedlung für unzureichend erklärt habe, da die gesamte Säuberung bis zum Beginn eines Krieges abgeschlossen sein müsse, um die Kriegshandlungen nicht zu stören: „Genosse Stalin geht davon aus, dass die Umsiedlung von der Karelischen Landenge in zwei Jahren abgeschlossen sein muss und fordert eine schnelle Organisation dieser Sache“.¹³⁰

Die Deportationen dauerten bis einschließlich Herbst 1936 und führten zu einem erheblichen Rückgang der Bevölkerungszahl in den grenznahen Gebieten. Etwa 50 Dörfer auf der Karelischen Landenge (in den Dorfsowjets Beloostrov, Lembolovo, Nikuljasy und Vuoly) wurden vollständig von Finnen gesäubert.¹³¹ Parallel zur „Finnischen Operation“ fanden auch unter der estnischen Bevölkerung Säuberungen statt, in deren Verlauf etwa 20 000

- 126 Anderen Quellen zufolge wurden im April/Mai 1935 5 059 Familien (23 217 Personen) aus dem Grenzstreifen des Gebiets Leningrad und Kareliens ausgesiedelt. Von diesen kamen 1 556 Personen in Arbeitssiedlungen der Region Westsibirien, 7 354 in das Gebiet Sverdlovsk, 1 998 in die Kirgisische ASSR, 3 886 in die SSR Tadschikistan und 8 423 nach Kasachstan. Vgl. Bericht des Stellvertretenden Chefs der Hauptlagerverwaltung des NKVD Jakov Rappoport an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR Genrich Jagoda, 11.6.1935, GARF, Best. R-9479, Verz. 1, A. 30, Bl. 13.
- 127 Starkov, *Instrumentarij* (wie Anm. 119), S. 95. Im Zuge der Operation wurden nur insgesamt 101 Familien von „Ehemaligen“ entdeckt, während es sich bei der Mehrheit um örtliche Bauern handelte. Vgl. Musaev, *Političeskaja istorija* (wie Anm. 37), S. 233.
- 128 Suni, *Ingermanlandskie finny* (wie Anm. 64), S. 73. Vgl. *Naselenie Rossii* (wie Anm. 106), S. 331. Anderen Quellen zufolge wurden etwa 30 000 ingermanländische Finnen deportiert. Vgl. Poljan, *Ne po svoej vole* (wie Anm. 32), S. 87.
- 129 Vgl. Martin, *The Origins* (wie Anm. 11), S. 849 f. Aufgrund anderer Daten wurden allein im Jahr 1935 insgesamt ca. 45 000 Finnen deportiert. Vgl. *Stalinskie deportacii* (wie Anm. 42), S. 47.
- 130 Protokoll der Sitzung des Leningrader Gebietspartei Komitees der VKP(B), 2.4.1936. RGASPI, Best. 77, Verz. 1, A. 568, Bl. 1.
- 131 Die finnische Bevölkerung wurde vor allem in den Rayon Tichvin, in eine Reihe von Rayons des künftigen Gebiets Vologda (das 1937 aus dem Gebiet Leningrad ausgesondert wurde) und in das Gebiet Archangel'sk gebracht. Ohne Arbeitskräfte blieben auch viele Kolchosen in den Rayons Kalevala, Reboly und Olonec in der ASSR Karelien. Vgl. Musaev, *Političeskaja istorija* (wie Anm. 37), S. 234; Takala, *Nacional'nye operacii* (wie Anm. 123), S. 182. Vgl. dazu Protokoll der Sitzung des Leningrader Gebietspartei Komitees der VKP(B), 2.4.1936. RGASPI, Best. 77, Verz. 1, A. 568, Bl. 2.

in der Stadt Leningrad und in grenznahen Regionen des Gebiets Leningrad lebende Esten Repressionen ausgesetzt und zum Teil nach Mittelasien zwangsumgesiedelt wurden.¹³²

Die ethnischen Säuberungen in den Grenzgebieten der Karelischen SSR wurden auch auf dem Höhepunkt des Terrors der Jahre 1937/38 fortgesetzt. So bat z.B. der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der ASSR Karelien Stepan Matuzenko im Juni 1938 Nikolaj Ežov um Erlaubnis, 1416 Finno-Amerikaner¹³³ aus der gesamten Republik und 1500 Familien von „repressierten Finnen“ aus der Grenzregion und der Stadt Petrozavodsk in die Gebiete Omsk und Archangel'sk aussiedeln zu dürfen.¹³⁴ Ende August 1938 wandte sich Matuzenko wieder an Ežov, um seine Bitte noch einmal zu bekräftigen: „Um den ausländischen Geheimdiensten den Nährboden für den Aufbau neuer Spionageorganisationen auf dem Gebiet Kareliens und insbesondere in den Grenzrayons zu entziehen, muss die Sanktionierung der Aussiedlung aller aus Kanada gekommenen Finno-Amerikaner sowie aller Familien repressierter Finnen, Esten, Letten, Deutschen und Polen beschleunigt werden“.¹³⁵ Welche Weisungen daraufhin aus Moskau eingingen, ist nicht bekannt, doch wurden in jedem Falle die Grenzrayons sowie die Hauptstadt der Karelischen ASSR den ganzen Sommer über „gesäubert“: Aus Petrozavodsk und den Rayons Kalevala und Reboly brachte man die Bevölkerung in die im Hinterland der Republik gelegenen Rayons Kem', Pudož und Zaonež'e. Entsprechend einer eigens aus diesem Anlass ausgearbeiteten Instruktion wurden die Familien von „Volksfeinden“, d.h. repressierten Finnen, Esten, Letten und anderen nationalen Minderheiten ausgewiesen. Im Oktober 1938 erklärte Matuzenko in einem Bericht an Ežov, dass die Zahl der in den Grenzregionen Kareliens lebenden Finnen dank der durchgeführten Maßnahmen auf gerade einmal 1350 gesunken sei, und bat um Erlaubnis, die Ausweisungsoperation vollständig abschließen zu dürfen.¹³⁶

4. Kriegseinflüsse

Folgt man der Logik des Kreml, für die die Staatsgrenze *de facto* nichts anderes war als eine Frontlinie, wurden die Deportationen „unzuverlässiger“ nationaler Gruppen mit Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 automatisch auch auf die von der Roten Armee besetzten Gebiete ausgedehnt und nahmen einen permanenten Charakter an. Bei der sich in schnellem Tempo vollziehenden Verschiebung der Grenze nach Westen handelte es sich, wie die sowjetische Propaganda zu beweisen versuchte, um nichts anderes als eine legitime Ausdeh-

132 Musaev, *Političeskaja istorija* (wie Anm. 37), S. 235.

133 Die ersten Finno-Amerikaner waren bereits in der ersten Hälfte der 1920er Jahre als Facharbeiter auf Baustellen und in Industriebetriebe in die ASSR Karelien gekommen. 1931 hatte die Führung Kareliens in größerem Maßstab unter in den USA und in Kanada lebenden ethnischen Finnen Industriearbeiter angeworben. Insgesamt waren in den Jahren 1931–1934 etwa 6000 Personen (einschließlich Familienangehörigen) aus Kanada und den USA nach Karelien gekommen. Vgl. Takala, *Nacional'nye operacii* (wie Anm. 123), S. 168 f.

134 Ebenda, S. 197 f.

135 Zit. in: Ebenda, S. 198.

136 Ebenda. Vgl. dazu Vasilij G. Makurov (Hrsg.): *Neizvestnaja Karel'ija. Dokumenty specorganov o žizni respubliki (1921–1940)* [Unbekanntes Karelien. Die Dokumente der Sonderorgane über das Leben der Republik (1921–1940)], Petrozavodsk 1997, S. 344.

nung des „sowjetischen Einflusses“ bzw. um die Einengung des Areal der „kapitalistischen Herrschaft“,¹³⁷ woraus wiederum folgte, dass die Prinzipien der „Geografie der Unzuverlässigkeit“ auch für die von der Roten Armee besetzten Territorien Ostpolens, des Baltikums, Bessarabiens und der Nordbukovina¹³⁸ galten, aus denen in den Jahren 1940/41 Hunderttausende Polen, Litauer, Letten und Esten¹³⁹ in den Norden bzw. Osten der Sowjetunion deportiert und unter Aufsicht des NKVD gestellt wurden.¹⁴⁰ Nach unterschiedlichen Berechnungen wurden in der Zeit von Februar 1940 bis Juni 1941 320 000 Polen deportiert.¹⁴¹ Wie schon in den 1930er Jahren erfolgten alle Deportationen auf Grundlage entsprechender Entscheidungen des Politbüros und formal aufgrund von Beschlüssen des Rats der Volkskommissare der UdSSR als höchstem Staatsorgan.¹⁴²

Parallel zu den Säuberungen der neuen Territorien wurde auch innerhalb der alten Grenzen der UdSSR weiter ethnisch gesäubert. So erschien z.B. im Juni 1940 die Entscheidung

137 Nevežin, *Sindrom* (wie Anm. 77), S. 111 f.

138 Entsprechend des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 und des Vertrags vom 28. September 1939. Vgl. dazu Gerhard Simon: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986, S. 195-206; Zygmunt Woźniczka: *Die Deportationen von Polen in die UdSSR in den Jahren 1939–1945*, in: Dahlmann, Hirschfeld (Hrsg.), *Lager* (wie Anm. 17), S. 535-552; Nikolaj Bugaj: *Die Deportationen der Völker aus der Ukraine, Weißrussland und Moldawien*, in: Ebenda, S. 567-581.

139 In diesem Fall ist zu berücksichtigen, dass sich der Terror in den annektierten Gebieten (Baltikum, Moldawien, Westukraine und Westweißrussland) gegen einzelne Personen nicht aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität, sondern gegen Vertreter „feindlicher Klassen“ richtete. Vgl. ausführlicher Martin, *Terror* (wie Anm. 17), S. 35.

140 1940 fanden drei Operationen zur Massendeportation statt (10.2., 13.4., 29.6.). Im Mai und Juni 1941 wurde in unterschiedlichen Territorien eine vierte Operation durchgeführt. Vgl. dazu: *Stalinskie deportacii* (wie Anm. 42), S. 105-107.

141 Aleksandr Ė. Gur'janov: *Pol'skie specpereselency v SSSR v 1940–1941 gg.* [Die polnischen Sondersiedler in der UdSSR 1940–1941], in: *Repressii protiv poljakov i pol'skich graždan* [Die Repressalien gegen die Polen und die polnischen Bürger], zusammengest. v. Aleksandr Ė. Gur'janov, Moskva 1997, S. 116. Vgl. ausführlicher O[leg] A. Gorlanov, Arsenij B. Roginskij: *Ob arestach v zapadnych oblastjach Belorussii i Ukrainy v 1939–1941 gg.* [Über die Verhaftungen in den westlichen Gebieten Weißrusslands und der Ukraine in den Jahren 1939–1941], in: Ebenda, S. 77-113. Die Berechnungen der sowjetischen Historikerin Valentina S. Parsadanova (1,7 Mio. Personen) sind allerdings deutlich zu hoch angesetzt. Vgl. Valentina S. Parsadanova: *Deportacija naselenija iz Zapadnoj Ukrainy i Zapadnoj Belorussii v 1939–1941 gg.* [Die Deportation der Bevölkerung aus der Westukraine und Westweißrussland in den Jahren 1939–1941], in: *Novaja i novejšaja istoria* (1989), Nr. 2, S. 36.

142 Vgl. z.B. Entscheidung des Politbüros, 4.12.1939 [Punkt 158] (formuliert als Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR Nr. 2010-558-ss, 5.12.1939); Entscheidung des Politbüros, 21.12.1939 [P. 15] (Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR Nr. 2085-592-ss, 22.12.1939); Entscheidung des Politbüros, 28.12.1939 [P. 54] (Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR Nr. 2124-620-ss, 29.12.1939); Entscheidung des Politbüros, 29.12.1939 [P. 68] (Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR Nr. 2122-617-ss, 29.12.1939); Entscheidung des Politbüros, 2.3.1940 [„Über die Sicherung der Staatsgrenze in den westlichen Gebieten der Ukrainischen und Weißrussischen SSR“, P. 114] (Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR Nr. 289-127-ss, 2.3.1940); Entscheidung des Politbüros, 14.5.1940 [P. 117] (Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR Nr. 1299-526-ss, 14.5.1941), in: Adibekov (Hrsg.), *Politburo CK RKP(b)* (wie Anm. 19), S. 1100; ebenda, Bd. 3, S. 7, 9, 26, 196.

des Politbüros „Über die Umsiedlung von Bürgern ausländischer Nationalitäten aus der Stadt und dem Gebiet Murmansk“,¹⁴³ auf dessen Grundlage aus dem wegen des großen Hafens an der eisfreien Kola-Bucht militärstrategisch wichtigen nördlichen Grenzgebiet 3 215 Familien (8 716 Personen) deportiert wurden, bei welchen es sich größtenteils um Angehörige der westlichen nationalen Minderheiten handelte. Es wurden 2 540 finnische, estnische, lettische, norwegische, litauische und schwedische Familien (6 973 Personen) in grenzferne Rayons der neugegründeten Karelisch-Finnischen SSR umgesiedelt, um deren neuen „nationalen Charakter“ bzw. genauer deren „Finnisierung“ zu verstärken.¹⁴⁴ Die übrigen „unzuverlässigen“ Ethnien – Deutsche, Polen, Griechen, Koreaner u.a. (insgesamt 675 Familien bzw. 1 743 Personen) – wurden in die Region Altaj (Sibirien) gebracht.¹⁴⁵

Mit Beginn des Krieges gegen Deutschland veränderten sich die „Grenzen“ der UdSSR in solch einem Tempo, dass die Führung sofort den Befehl gab, einige „illoyale Völker“ zu deportieren, deren „Schuld“ noch nicht einmal in „potentieller Kollaboration“, sondern ausschließlich in der „Zugehörigkeit zu einer Nationalität“ bestand, welche „Landsleute in ausländischen Staaten“ hatte, „die Krieg führen oder führen könnten“.¹⁴⁶ Auf Grundlage dieser Doktrin wurden Deutsche, Finnen und Griechen in den Osten des Landes deportiert. Insgesamt waren in den Jahren 1941/42 etwa 1,2 Millionen Personen von derartigen präventiven Deportationen betroffen.¹⁴⁷ Darüber hinaus fand die Doktrin der „Geografie der Unzuverlässigkeit“ nicht nur im gesamten Verlauf der 1930er Jahre und während des Krieges gegen Deutschland, sondern auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg umfassende Anwendung. So wurden auch die neuen sowjetischen „Westgebiete“ flächendeckend von „illoyalen ethnischen Elementen“ gesäubert: Polen wurden aus der Westukraine bzw. Westweißrussland und Deutsche aus Ostpreußen deportiert. Die Finnen wiederum wurden „freiwillig“ aus dem Territorium der Karelischen Landenge und des Ladoga-Sees ins finnische Kernland evakuiert, um in den neueroberten Gebieten „loyale“ Übersiedler aus den während des Krieges besonders in Mitleidenschaft gezogenen Rayons der Ukraine und Weißrusslands anzusiedeln.¹⁴⁸

143 Entscheidung des Politbüros, 23.6.1940 [Protokoll Nr. 17, P. 256], in: Adibekov (Hrsg.), Politburo CK RKP(b) (wie Anm. 19), Bd. 3, S. 66. Aufgrund dieser Entscheidung erließ der Volkskommissar des NKVD Lavrentij Berija seinen Befehl Nr. 00761 vom 23.6.1940 „Über die Aus-siedlung von Bürgern ausländischer Nationalität aus der Stadt und dem Gebiet Murmansk“.

144 Hatten 1939 in der Karelischen ASSR nur 8 322 Finnen gelebt, stieg deren Zahl bereits Anfang 1941 in der neuen Karelisch-Finnischen SSR auf 12 544 Personen. Vgl. Antti Lajne: Karelo-Finskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika i finny [Die Karelo-Finnische Sozialistische Sowjetrepublik und die Finnen], in: Vichavajnen, Takala (Hrsg.), V sem'e (wie Anm. 34), S. 231 f. Vgl. ausführlicher Kilin, Karelja (wie Anm. 13), S. 216-233.

145 Stalinskie deportacii (wie Anm. 42), S. 182, 186; Viktor Brul': Deportirovannye narody v Sibiri (1935–1965 gg.). Sravnitel'nyj analiz [Die deportierten Völker in Sibirien (1935–1965). Vergleichende Analyse], in: Nakazannyj narod [Das bestrafte Volk], Moskva 1999, S. 99.

146 Vgl. Bugaj, Berija (wie Anm. 115), S. 136.

147 Poljan, Ne po svoej vole (wie Anm. 32), S. 116; Stalinskie deportacii (wie Anm. 42), S. 286.

148 Vichavajnen, Takala (Hrsg.), V sem'e (wie Anm. 34), S. 36. Vgl. Stalinskie deportacii (wie Anm. 42), S. 12.

5. Schluss

Zweifellos haben die Deportationen nationaler Minderheiten der 1930er Jahre die Massendeportationen der 1940er Jahre überhaupt erst ermöglicht, und zwar indem sie die Praxis des gegen bestimmte ethnische Gruppen gerichteten Terrors und die Konzeption der „Feind-Nation“ an sich „legalisierten“. So hatte sich bereits Anfang der 1930er Jahre im Kontext der allgemeinen Repressionspolitik eine besondere Haltung gegenüber den Angehörigen nationaler Minderheiten allgemein und insbesondere gegenüber den nationalen Minderheiten des Westens herauskristalliert, die während der 1930er Jahre angesichts der im Westen drohenden Kriegsgefahr konsequent weiterentwickelt wurde. Die zum jetzigen Zeitpunkt zugänglichen Materialien der führenden Partei- und Sowjetorgane einschließlich der „Sonderprotokolle“ der Sitzungen des Politbüros erlauben die Annahme, dass es sich bei den nach ethnischen Kriterien durchgeführten Säuberungen im Grenzgebiet nicht um spontane Aktionen des lokalen Machtapparats handelte, der einen Sündenbock suchte, sondern um eine zielgerichtete Operation, die auf Initiative der höchsten Parteiführung der UdSSR, des Politbüros, und unter deren Kontrolle im Rahmen des Gesamtstaats geplant und umgesetzt wurde. Die Tatsache, dass die Idee, jede Nation habe ihre genetischen Wurzeln,¹⁴⁹ innerhalb des Kreml-Olymps und insbesondere bei Stalin immer stärker wurde, trug maßgeblich zur Entstehung der Vorstellung bei, dass es „Feind-Nationen“ mit *a priori* determinierten negativen Eigenschaften gebe. Diese „sowjetische Xenophobie“ ermöglichte die Massendeportationen der nationalen Minderheiten, die „bourgeois-faschistischen“ Staaten angehörten, welche an die Sowjetunion angrenzten, obwohl ein derartiges Vorgehen allen Grundsätzen der bolschewistischen Ideologie des Internationalismus zuwiderlief.

Ein charakteristisches Merkmal der stalinschen Deportationen bestand, wie Terry Martin treffend bemerkt, in deren kategorialer und prophylaktischer Ausrichtung. Sie waren insofern kategorial, als sie sich ausschließlich an der Zugehörigkeit einer Person zu einer „unzuverlässigen“ Bevölkerungsgruppe orientierten und die Frage, worin konkret die individuelle Schuld einer Person bestand oder ob diese überhaupt gegen Gesetze verstoßen hatte, vollständig ausblendeten. Prophylaktisch waren sie, da ihr einziges Ziel darin bestand, Personen, die potentiell strafrechtlich relevante Taten verüben konnten, möglichst weit weg zu befördern. Mit anderen Worten: Ein Opfer wurde nicht gefragt, ob oder was es verbrochen hatte, sondern wer es war.¹⁵⁰

Wenn man über das Phänomen lokaler Bevölkerungsdeportationen aus den Grenzregionen der UdSSR in den 1930er Jahren nachdenkt und sie nicht retrospektiv im Kontext späterer Ereignisse – der „Nationalitätenoperationen“ des NKVD 1937/38 und der groß angelegten Deportationen während des Zweiten Weltkrieges – betrachtet, so könnte man von einem aus der Sicht des Regimes relativ „pragmatischen“ Charakter der Handlungen im Stil des Kommandos der russischen Armee sprechen, der sich wie bekannt in den massenhaften Umsiedlungen von Deutschen und Juden aus dem frontnahen Gebiet im Verlauf des Ersten Weltkrieges zeigte. Diese Schlussfolgerung wäre jedoch eindeutig falsch, da sie vor allem

149 Vgl. ausführlicher Terry Martin: *Modernization or Neo-Traditionalism? Ascribed Nationality and Soviet Primordialism*, in: Sheila Fitzpatrick (Hrsg.): *Stalinism. New Directions*, London u.a. 2000, S. 348-367.

150 Martin, *Terror* (wie Anm. 17), S. 36.

nicht erklärt, warum lokale Deportationen nationaler Gruppen aus grenznahen Regionen gerade 1930 stattfanden.

Der Schlüssel für das Verständnis der entsprechenden Beschlüsse der Partei- und Sowjetführung liegt im erbitterten Widerstand der „westlichen“ nationalen Minderheiten gegen die Kollektivierung. Der Misserfolg der ersten Kollektivierungswelle in den nationalen Gebieten bedeutete auch den Zusammenbruch des „nationalen“ Sowjetisierungsmodells der 1920er Jahre. Andernfalls wären die lokalen Deportationen von Nationalitätengruppen aus den Grenzregionen eine einmalige Erscheinung in der sowjetischen Geschichte geblieben. Das passierte aber nicht, und mit Beginn der 1930er Jahre wurde die Kategorie „Ethnie“ zu einem unabdingbaren Bestandteil der Strafpolitik des Stalinismus, und die Repressionen, die offensichtlich eine ethnische Komponente hatten, breiteten sich von den grenznahen Regionen auf das ganze Territorium der Sowjetunion aus. Auf die Frage, ob die ethnischen Säuberungen und Deportationen untrennbarer Bestandteil der sowjetischen Nationalitätenpolitik vor Beginn des Zweiten Weltkriegs waren, gibt es keine eindeutige Antwort. Man kann eher von einer gewissen eklektischen politischen Linie sprechen, die Terry Martin als „simultaneous pursuit of nation-building and nation-destroying“¹⁵¹ charakterisierte. Im Endeffekt wurde die zweifellose Tendenz zur Ethnisierung der stalinistischen Strafpolitik nicht die dominierende Variante bei der Lösung der „nationalen Frage“ in der Sowjetunion.

6. Abkürzungsverzeichnis

ASSR	Autonome Sowjetische Sozialistische Republik
GPU	Staatliche Politische Verwaltung (Staatssicherheit)
KP(B)U	Kommunistische Partei (der Bolschewiki) der Ukraine
NKVD	Volkskommissariat für Inneres
OGPU	Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung (Staatssicherheit)
RKP(B)	Russische Kommunistische Partei (der Bolschewiki)
VČK	Allrussische Sonderkommission
VKP(B)	Allsowjetische Kommunistische Partei (der Bolschewiki)
VLKSM	Leninistischer Kommunistischer Jugendverband der UdSSR
ZK	Zentralkomitee

Summary

Because of the failure to sovietize the national minorities along the western periphery of the Soviet Union (Poles, Germans, Finns, Estonians, Latvians, etc.), the growing membership numbers in non-communist and religious organizations and their active resistance against Soviet policies, the Soviet leadership could not rule out the possibility that in the event of a war these nationalities would cooperate with the enemy. On the assumption that the border rayons were of particular military and political importance, the Politburo put together a comprehensive list of measures to stabilize the area economically and politically. At

151 Martin, *Empire* (wie Anm. 5), S. 312.

the same time, the regime depended more and more on force and repression (primarily deportation), directed mainly at “untrustworthy” nationalities. The idea that every nation had its own genetic roots became more and more fixed among the party leadership and especially by Stalin. This contributed decisively to the emergence of the notion that there were “enemy nations” with predetermined negative traits. By forcibly resettling members of particular national minorities, the Kremlin bought time to secure its interests among those nationalities in important border areas, irrespective of any other consequences of sovietization.

Aus dem Deutschen übersetzt von Mark Hatlie, Tübingen